Nr. 82 - Februar 2003

1,30 EUR

davon geht 0,65 EUR direkt
an den/ die Verkäufer/in

Hempels

Mittendrin statt außen vor

Straßenmagazin

- 7 Jahre Hempels Straßenmagazin
- War is not the answer
- Die Geschichte des Oskar Kusch

Inhalt

- Editorial 3
- Lutz Oschmann 4-5
  Der OB-Kandidat stellt sich vor
- Ich oute mich 6
  Verkäuferin-Portrait
- Dankeschön... 7
  ...für ihre Unterstützung
- Geesches Soundcheck 8
  Vorgestellt wird: Gerd Sühring
- Comic: Herr Klein kriegt die Frau nicht 8
- Tipps der Verbraucherzentrale 9
  Verwirrspiel um Telefonrechnungen
- Ellbogenrechte im Rechtsstaat ?!? 10
  Die Historie eines Unternehmens
- Die „Mango News" in Westafrika 11
  INSP spendet Druckmaschine
- Leuchtende Kinderaugen in Albanien 12-13
  Christlicher Hilfsverein Wismar hilft
- Neues vom Arbeitsmarkt 14-15
  Über Ich-AGs und Bildungsgutscheine
- Frauen berieten aktuelle Probleme 16-17
- Aufgeschnappt 18
  Wissenswertes kurz & knapp
- Mal ganz ehrlich... 19
- Wer das Schwert nimmt 20-23
  Die Geschichte des Oskar Kusch
- Depression ist kein Schnupfen 24
  Zu häufig als Psychoproblem bagatellisiert
- Buchtipp 26
  Vorgestellt wird: SMS-Lyrik
- Kurzgeschichten 26
- Rezept des Monats 27
- Frohe Weihnachten dank Banker-Spende ... 27
- Reintegration Drogenabhängiger 28-30
  Vorgehensweise zur sozialen Stabilisierung
- Kleinanzeigen 31
- Leserbriefe 31

IMPRESSUM

Herausgeber: Selbsthilfeverein Hempels e.V.,
Vorstand: Catharina Paulsen, Thomas Repp, Kai Wulf
Geschäftsführung: Jo. Tein

Anschrift: Hempels Straßenmagazin
- Schaßstr. 4, 24103 Kiel
- c/o Tageswohnung, Johanniskirchhof, 24937 Flensburg
- Postfach 1167, 25801 Husum

Telefon: 0431/67 44 94 (Kiel)
04841/64 02 67 (Husum)

Fax: 0431/6 61 31 16 (Kiel)
0461/1 82 55 46 (Flensburg)

E-mail: reda@hempels-sh.de

Homepage: http://www.hempels-ev.de

Redaktion KI: Moni Nickels, Thomas Repp, Thorsten, Thomas Stobbe, t.tiger, u.a.

Redaktion NF: Klaus Schmidt, Thomas Repp, Helmut Ibertz, Claus Weigend

Redaktion HRO: Dirk Wohlfahrt, Wolfgang Kirschneck

CvD: Thomas Repp, Catharina Paulsen

Fotos: Catharina, Britta, Thomas, u.a.

Grafik: Catharina Paulsen, Britta Staack, Nadine Grünewald

Titelbild: Jochen Sablotzki

Anzeigen: Moni Nickels

Belichtungen: Altstadtdruck Rostock

Druck: Altstadtdruck Rostock

Spendenkonto: Hempels Straßenmagazin, Konto 1 316 300 bei der EDG, BLZ 210 602 37

Hempels Café Zum Sofa, Schaßstr. 4, 24103 Kiel, Tel. 0431-6614176

Hempels e.V. ist beim Finanzamt Kiel als mildtätige Körperschaft eingetragen

V.i.S.d.P.: Thomas Repp
Auflage: 10.000

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigung auf CD-ROM. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Mit der Einsendung von Manuskripten und Fotos jeder Art gibt der Verfasser die Zustimmung zum Abdruck. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Veröffentlichung kann nicht übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für die inhaltliche Richtigkeit übernehmen wir keine Gewähr.

Hempels erscheint monatlich *nur* im *Straßenverkauf* in vielen Städten Schleswig-Holsteins

Gefördert aus Mitteln der Kieler Beschäftigungs- und Ausbildungs GmbH und dem Arbeitsamt Kiel

Hempels e.V. kooperiert mit der Ev. Stadtmission Kiel, der St. Markus-Gemeinde Kiel-Gaarden, dem Diakonischen Werk des Kirchenkreises Husum-Bredstedt, der Tageswohnung Flensburg und dem Kieler Kiosk am ZOB

Hempels Straßenmagazin ist Mitglied im Internationalen Netzwerk der Straßenzeitungen und im Bundesverband Sozialer Straßenzeitungen



Editorial

Haste wat – biste wat

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat stürmisch Einzug gehalten. In vielen Bereichen – im Großen wie im Kleinen – sind Veränderungen zu bemerken. Wie bei allen Veränderungen und Neuerungen ist in der Gesellschaft eine tiefe Verunsicherung zu bemerken:

Greift die beschlossene Tarifänderung im öffentlichen Dienst, oder bleibt das Geld doch wieder auf dem Weg bei irgendwelchen Instanzen kleben, die die Hände aufhalten? Ist der Tarif überhaupt finanzierbar? Stimmt das, was einige Politiker unmittelbar nach der Übereinkunft von Gewerkschaft und Arbeitgebern behauptete – wird der Arbeitsplatzabbau auf diese Art nur forciert?

Auch der Golfkrieg wirft seine Schatten. Auf politischer Ebene wird das Thema schon seit Langem massiv ausgeschlachtet. Schickt Deutschland nun Soldaten, oder beteiligt es sich auf irgendeine Art am drohenden Krieg? Waren alle Aussagen, dass Deutschland sich aus diesem Konflikt heraushält wieder einmal nur Lippenbekenntnisse?

Die Menschen auf der Straße beschäftigen mehr die Fragen nach dem Sinn einer deutschen Beteiligung, wobei der Kostenfaktor immer wieder Gesprächsstoff liefert. Aber auch ethische Fragen geben Diskussionsstoff: Ist Krieg nicht ein einziges Verbrechen? Wenn ja – kann man dieses Unrecht wieder gut machen? Und was ist mit den Einzelschicksalen? Unser Redakteur Thomas Stobbe hat sich diese Frage auch gestellt und einmal einen Fall aus unserer deutschen, ja in diesem Fall sogar Kieler Geschichte ausgegraben *(Seiten 12-15)*.

Ein weiteres Thema aus unserer unmittelbaren Umgebung bietet Anlass zu Aufmerksamkeit und Grund zum Diskutieren – das Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen. Die Geschäftswelt scheint keine lohnendere Zielgruppe zu sehen, als Teenies. In Husum beispielsweise läßt ein findiger Geschäftsmann die Stadtpassage komplett umbauen und zu einer Ladenzeile werden, die sich quasi ausschließlich der Jugend und ihren Ansprüchen widmet. Diese auf den ersten Blick durchaus positive Entwicklung – immerhin sollen hier rund 50 Arbeitsplätze entstehen – zeigt sehr deutlich, auf wen Geschäftsleute und Werbestrategien abzielen.

Die Folgen ihres Tuns scheinen den Verantwortlichen überhaupt nicht mehr bewusst zu sein. In einer Zeit, in der das Geld immer knapper wird, in der Arbeitnehmer auf die Straße gehen, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen und hierbei durchaus auch bereit sind Deutschland durch Streik quasi lahmzulegen, setzen Geschäftsleute dieselben Arbeitnehmer immer mehr unter Druck, damit diese ihr sauer verdientes Geld bei ihnen lassen, indem sie den Kids suggerieren: „Haste wat – biste wat!".

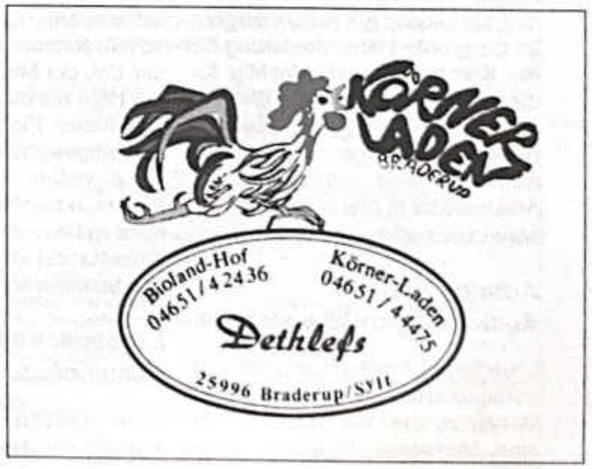
„Wer kann bettelnden Kinderaugen so ohne weiteres widerstehen?" Diese Frage mögen sich die betroffenen Geschäftsleute wohl ganz bewusst gestellt haben. Bei den Jugendlichen jedenfalls ist es heute so, dass der out ist, der nicht sein Handy als Statussymbol und seine Markenjeans besitzt.

Das Schlimme an dieser Strategie ist nicht das berechtigte Interesse der Geschäftsleute an neuen Kunden, sondern dass diese Kunden über kein eigenes Einkommen verfügen. Somit wird skrupellos in Kauf genommen, dass Kinder Wünsche entwickeln, die sie nicht bezahlen können. Natürlich sind dann die Eltern gefragt. Bei ärmeren Familien können die Kinderwünsche dann häufig nicht verwirklicht werden. Somit sind Ungleichheiten und Ausgrenzung schon bei den ganz Kleinen vorprogrammiert. Jugendkriminalität ist die Folge. Schulen haben mancherorts wieder die Schuluniform eingeführt, weil es zu teilweise brutalen Überfällen von Schülern auf ihre Mitschüler kommt. Meist ging es dabei um Markenkleidungsstücke, die sich die Täter nicht haben leisten können.

„Nie hatten Jugendliche mehr Geld zum Ausgeben als heute," titelte die BILD letzten Monat und hatte mit dieser Schlagzeile recht. Studien belegen, dass Kinder so viel wie nie zuvor ausgeben. Und das in einer Zeit, in der das Geld extrem knapp ist, Deutschland hoch verschuldet ist und die Arbeitslosigkeit erneut astronomische Ausmaße erreicht. Was aus diesen Jugendlichen wird, ist ungewiß. Genauso ungewiss, wie das Schicksal jener Jugendlicher, die einen Kredit nachgeworfen bekommen, damit sie mehr konsumieren können. Eltern, Pädagogen und viele andere stehen der Entwicklung machtlos gegenüber. Vielleicht nützt ja im Kleinen – nach dem Prinzip "Steter Tropfen höhlt den Stein" –eine ständige Auseinandersetzung mit diesem brisanten Thema.

Thomas Repp

Anzeige





Im November stellte sich Jürgen Fenske, der SPD-Kandidat für die Kieler OB-Wahl vor, im Januar zog Angelika Volquartz (CDU) nach. Und heute stellt sich Lutz Oschmann (Grüne) vor:

Lutz Oschmann

Kandidat von Bündnis90/DIE GRÜNEN für die OB-Wahl am 02. März 2003 in Kiel

Liebe Leserinnen und Leser von Hempels,

Ich trete für die Kieler GRÜNEN zur OB-Wahl an und bin auch der Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl. Ich bin verheiratet und wir haben zwei Kinder. Von Beruf bin ich Dreher, ich habe 17 Jahre im Motorenbau von Krupp-MaK gearbeitet. Danach war ich 7 Jahre selbständig und seit 1996 arbeite ich als Referent für Wirtschaft, Verkehr und Energie bei der GRÜNEN Landtagsfraktion.

Die GRÜNEN treten zur OB- und zur Kommunalwahl an für unser Kiel, die GRÜNE Stadt an der Förde, eine lebenswerte und kinderfreundliche Stadt für alle Menschen. Wir wollen, dass die Bürger gern in Kiel leben und hier auch Arbeits- und Ausbildungsplätze finden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist die größte Herausforderung für die Kommunalpolitik. Wichtig für die Kieler Wirtschaft ist die Bestandspflege und der Bereich Existenzgründungen, in diesen Bereichen sind am effektivsten Arbeitsplätze in Kiel zu sichern und neue zu schaffen.

Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern

Kiel ist ein Zentrum der maritimen Verbundwirtschaft. Wir GRÜNEN stehen zu den Werften, weil wir eine Verkehrsverlagerung „from road to sea" wirklich wollen. Der Nord-Ostsee-Kanal muss zukunftsträchtig ausgebaut werden, das ist ein großer Schritt für die Verkehrsverlagerung und sichert viele Arbeitsplätze in der Region. Der Schiffsverkehr hat große Entwicklungschancen, die Schiffe und ihr Betrieb müssen aber deutlich umweltverträglicher werden. Doppelhüllen-Tank, wie sie von der Lindenau-Werft vorbildlich gebaut werden, müssen zügig die einhülligen Schrottschiffe ersetzen, das schafft Arbeit hier vor Ort.

Kiel hat einen großen Schatz, seine qualifizierten Arbeitnehmer. Kiel hat die Uni, die Fachhochschule und die Muthesius-Hochschule für Kunst und Gestaltung, Kiel ist ein Zentrum der beruflichen Weiterbildung. Kiel hat das KITZ (Kieler Innovations- und Technologiezentrum) mit seiner Brüterfunktion für neue Unternehmen. In der Planung sind der Wissenschaftspark mit dem Wissenschaftszentrum unmittelbar neben der Uni, der Multimediacampus an der Hörn mit den Gründerzentrum. Der Kieler Einzelhandel braucht eine abgesicherte Perspektive für seine weitere Entwicklung. Neue Fachmarktzentren darf es in Kiel nicht geben, ansonsten geht der Einzelhandel in der Altstadt und in den Stadtteilzentren kaputt.

Ernstmachen mit Klimaschutz

Die GRÜNEN wollen Ernst machen mit dem Anspruch Kiels eine Klimaschutzstadt zu sein. Wir wollen eine Solaroffensive für die Häuser in Kiel starten und die energetische Sanierung des Altbaubestandes voran bringen. Das senkt den Energieverbrauch und sichert Arbeitsplätze im Handwerk. Das CO2-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung ist dafür ein attraktives Finanzierungsinstrument. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen beim Energiesparen und Ressourcenschutz. Die globale Klimakatastrophe ist kein theoretische Annahme der Forscher, sondern die zunehmenden Überschwemmungen, Stürme und Unwetter sind reale Anzeichen für ihr Kommen.

Menschen- und umweltverträglicher Verkehr

Das Verkehrsaufkommen und der Verkehrslärm nervt viele Menschen in Kiel und bringt sie dazu, über einen Wegzug nachzudenken. Für mich gehört ein attraktiver öffentlicher Verkehr zu einem angenehmen und umweltverträglichen Stadtleben. Die GRÜNEN setzen sich für eine StadtRegionalBahn ein, die Kiel mit der Region verbindet und eine bequeme und schnelle Rolltreppe zur Innenstadt sein wird. Nur mit einem schienengebundenen System gibt es einen attraktiven öffentlichen Verkehr mit echten Umsteigeeffekten.

GRÜNE wollen die Tempo-30-Zonen erhalten und vor Schulen und Kindergärten generell einführen.

Neue Straßen-Groß-Projekte wie der Ostring II oder die Russeer Rampe wird der Bund nicht finanzieren und die Stadt hat dafür kein Geld. Neben den Bahnen und Bussen gehört dazu ein attraktiver Fördeverkehr mit einer schnellen Ost-West-Querung und kleineren Schiffen. Das Semester-Ticket für alle Studenten wird auf die K.E.R.N.-Region ausgeweitet.

In Kiel kann der Fahrradverkehr noch weiterentwickelt werden, für kurze Fahrten kann der PKW-Verkehr leicht aufs Fahrrad verlagert werden. Der Ausbau von Velorouten, von Fahrradstreifen und Fahrradwegen unterstützt die Verkehrswende. Mit dem hoffentlich 2004 beendeten Umbau des Bahnhofs wird dann auch die Fahrradstation verwirklicht.

Stadtbahn statt Startbahnverlängerung

Mit der vorläufigen Entscheidung der Ratsversammlung zum Ausbau der Startbahn des Flughafens Holtenau auf 2.100 m Länge, hat sich eine Große Koalition der Betonfraktionen von SPD und CDU durchgesetzt. Argumente haben leider nicht gezählt. Ich bin davon überzeugt, dass dieser unnötige, unwirtschaftliche und umweltunverträgliche Flughafenausbau doch noch gekippt wird, durch den weiteren Widerstand der Bevölkerung, aber auch über die fehlenden Finanzen. Ich bin sehr froh, dass der Landesrechnungshof (LRH) schon Ende Dezember 2002 begonnen hat, den gesamten Flughafenausbau zu überprüfen und zwar alle Aspekte. DIE GRÜNEN sind zuversichtlich, dass die Schwachstellen der Berechnungen und Gutachten vom LRH genauso erbarmungslos aufgedeckt werden, wie wir das bis jetzt getan haben. Im Übrigen kann sich Kiel die anteiligen Kosten von mindestens 30 Mio EUR gar nicht leisten. Die Haushaltsdefizite der nächsten Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Wer sparen will, ist nur dann glaubwürdig, wenn auf reine Prestigeprojekte wie den unsinnige Flughafenausbau verzichtet wird.

Prioritätensetzung für Schulsanierung

Der Sanierungsstau bei den Schulen ist nicht aufgelöst worden. Trotz der Sanierungsarbeiten der letzten Jahre schreitet der Verfall schneller voran als das saniert wird. Für DIE GRÜNEN hat die Sanierung der Kindergärten und Schulen sowie der Sportstätten eindeutig Priorität.

Ich grüße Sie sehr herzlich und bitte um Ihr Vertrauen sowie Ihre Stimmen

Anzeigen

Mit mehr als 10.000 m² Erfahrung

Feuchte Räume

Mauerwerkstrockenlegung
Holzschutz
Schwammsanierung, Antischimmel
Fassadensanierung
Balkon- und Terassensanierung
Asbestentsorgung
Abbruch- und Entkernungsarbeiten

nutzbar machen

THORHAUER GmbH
Umwelt- & Bausanierung
17438 Wolgast Str.d.Freundschaft 36 b
Tel. 0 38 36 / 20 26 17
Mobil: 0171 / 75 75 45 6

PET FOOD
LONE STAR. mit ESTER - C Vitamin !

- LONE STAR Premium Nahrung für Ihren Hund und CAT EXCLUSIVE für Ihre Katze, hergestellt in Texas, USA.
- In jedem Alter das Richtige geben: LONE STAR für Welpen, ausgewachsene Hunde, Sporthunde und ältere oder übergewichtige Hunde.
- LONE STAR enthält das patentierte ESTER-C Vitamin. Es stärkt das Immunsystem und ist gut für das Wohlbefinden Ihres Tieres.
- Sie brauchen keine zusätzlichen Vitamine zu füttern.
- LONE STAR wird mit Vitamin C und E haltbar gemacht, die gesunde Alternative.

Bestellen Sie LONE STAR für Ihren Hund oder CAT EXCLUSIVE mit diesem Coupon. Bei jeder Bestellung spenden wir an **Hempels**

Für weitere Informationen:
IWERSEN PET PRODUCTS, 22939 Flensburg
Tel. 0461-5700424 - Fax. 0461-5700425

Als Tierheilpraktiker hilft Ihnen Hr. Fügmann gerne weiter. Tel. 04169-919444.

Bestellung:

Welpennahrung	○ 2,5kg **10,74** EUR	○ 15kg **41,92** EUR
Ausgewachsene Hunde	○ 2,5kg **7,67** EUR	○ 15kg **33,24** EUR
Sporthunde	○ 2,5kg **9,72** EUR	○ 15kg **40,39** EUR
Senior/Light	○ 2,5kg **9,72** EUR	○ 15kg **40,39** EUR
Katzennahrung	○ 3,0kg **16,36** EUR	○ 7,5kg **34,26** EUR

Name Adresse

PLZ Ort Tel/Fax

Ich oute mich:

Warum ich die Hempels verkaufe



Eigentlich wollte ich mich gar nicht vorstellen. Wollte wie bisher unbenannt, unbekannt das Hempels-Magazin beim Lidl weiterhin anbieten, ohne mich zu outen. Ich wurde aber ermutigt, es doch zu tun. Man sagte mir, daß die Mehrheit der Leser an dem Leben der VerkäuferInnen teilhaben möchte, auch um zu wissen 'wo der Schuh drückt'. Nur so kann gezielt geholfen und mitempfunden werden.

Nach einigem Überlegen, Hin- und Herdrucksen, entschloß ich mich dann, ein bißchen aus meinem Leben zu erzählen. Ehrlich gesagt, es wundert mich schon, daß es noch Menschen gibt, die wirklich am Leben des Nächsten teilhaben wollen, weil doch andererseits all den technischen Fortschritten einem Kniefall gleich, gehuldigt wird. Daher: Hempels-LeserInnen sind eben Leser mit Herz! Viele von ihnen begegnen mir aufmerksam und einfühlend zugleich. So erlebe ich es immer wieder, daß mir der Eine oder Andere aus dem Lidl kommend, eine Kleinigkeit zusteckt. Deshalb möchte ich mich jetzt und an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken.

Mein Name ist Bianca. Ich bin 28 Jahre alt. Duch meinen Mann fing ich das Hempeln an. Reimt sich sogar. Ich übernahm seinen Platz. Im Juli 2002 begann ich damit. Meistens habe ich meinen Hund Tammi dabei. Tammi ist ein Jagdterrier. Die gute alte Dame ist mittlerweile zehn Jahre alt. Sie ist dabei jung geblieben, denn immerhin zählt doch ein Menschenjahr sieben Hundejahre. Sie hat sich wirklich gut gehalten! Auch habe ich einen sechsjährigen Sohn. Meinen Andreas.

Damals, als ich aus der Schule kam, hatte ich mir so sehr gewünscht, Friseusin zu werden. Und es fing soo gut an! Ich hatte eine Lehrstelle gefunden. Aber – oh Schreck! Ich reagierte allergisch auf vernickelte Scheren, auf Shampoos usw. Abend hatte ich knallrote Hände. So blieb mir gar nichts anderes übrig, als komplett die Lehre aufzugeben.

Vorübergehend arbeitete ich anderswo als Aushilfe. Danach war ich etwa ein Jahr arbeitslos. Und dann erlebte ich eine kurze Glückssträhne. Ich fand einen Job als Pferdepflegerin in Schönhorst bei Flintbek. Das war für mich mehr als ein Job. Ich war mit Herz & Seele dabei. Ich liebe Pferde. überhaupt – Tiere über alles. Aber auch hier war der 'Wurm' drin. Meine Arbeitgeberin und ich kamen nicht miteinander klar. Auch dieser Traum endete schlagartig.

Nun war ich wieder arbeitslos. Im Oktober 1995 wurde ich schwanger. Mit dem Vater von Andreas blieb ich noch drei Monate zusammen. Irgendwie fühlte ich mich allgemein von ihm allein gelassen. Ich nahm Kontakt zu meinen Eltern auf, wandte mich ihnen zu. Aber diese Annäherung hielt auch nur für eine kurze Zeit.

Inzwischen nun wurde das Kind geboren. Mir wurde drei Jahre Mutterschutz gewährt. Nach dieser Zeit war ich aber immer noch arbeitslos, was sich aber gut aufs Kind auswirkte, da es im Sprechen noch nicht so fit war. So konnte ich mich nun ganz und gar meinem Andreas widmen. Ich hatte viel Zeit für ihn, was ihm auch ungemein guttat.

Meinen zukünftigen Mann lernte ich flüchtig im Jahr 1997 kennen. Wir begegneten uns dann durch eine Freundin im Jahr 2000 nochmals. Und seit 2000 bin ich auch wieder auf Arbeitssuche. Mein sehnlichster Wunsch ist, mit Pferden zusammenzuarbeiten. Ich würde auch aufs Land ziehen, gäbe es eine Möglichkeit für mich, dort diese Arbeit zu verrichten. Das würde auch gut passen. Mein Mann ist gelernter Landwirt...

2001 gab ich Andreas, meinen Sohn, in Pflege. Anfangs war mein Mann dagegen, ihn wegzugeben. Aber er bemerkte auch, daß ich mit mir selbst nicht mehr klar kam, deshalb willigte er dann doch ein.

Im Februar 2002 heirateten wir. Es begab sich eine kleine Hochzeitsfeier im Café Fiedler. Dort saßen wir gemütlich bei Kaffee und Kuchen zusammen. Mein Vater umd mein Sohn Andreas waren als meine Familie unter den Gästen. Meine Eltern sind geschieden, deshalb der fehlende Teil. Es war eine wirklich wohltuende Atmosphäre. Ich fühlte mich richtig glücklich mit meinem Mann, meiner Familie und dem Rest der Welt.

Jetzt bin ich dran durchzusetzen, meinen Sohn alle 14 Tage statt wie bisher nur einmal im Monat sehen und sprechen zu können. Ich ahne, daß man mir Schwierigkeiten machen wird, aber ich werde mich für diese notwendige Veränderung einsetzten.

Inzwischen fühle ich mich so gefestigt, daß ich es mir zutraue meinen Andreas wieder ganz zu mir zurückzuholen. Ich meine auch, daß die Zeit dafür reif ist. Es ist an der Zeit, sonst verliere ich ihn vielleicht noch ganz.

Schäfchen zur Rechten, gibt's was zu fechten! Ich weiß, dass ich darum kämpfen muß. Und das werde ich auch tun!

Dankeschön...

Wir danken allen unseren Freunden und Förderern, für ihre Unterstützung im vergangenen Jahr 2002, insbesondere:

Winfried und Patricia Amelung,
Ursula Anders, Siegfried Bandholt,
Maja Bauer, IlonaBauer,
Johannes Behncke, Katja Belgardt,
Uwe und Waltraut Bendt,
Otto Benthien, Susanne Berger,
Margrit Blank, Bliemeister,
AndreasBoller, Hermann Bormann,
Sabine Börnsen, ChristianBreder,
Helma Bredereck, Horst Breusing,
Prof. Wilhelm Brmgassen,
Jens Brodersen, Peter A.Bruns,
Sven Bruns, Rudolf Buchholz,
Heinz und Elke Buettner,
Reinhold Bumke, Thomas Büttner,
Gisela Caanitz, Anna M. Carstensen,
Arno Csipai Dahl, Torsten Dietrich,
Inke Dobrowolski, EikeDose, V. Drews,
Udo Drössler, Michael Dunkel,
Andree Dunz, Klaus-Erich Dyszak,
Jutta Ebsen, Walter Endrikat,
Jürgen Eppler, Ulrike Ernst,
Familien helfen Familien,
Levke Feddersen, Herbert Felgentreu,
Finanzministerium, Renate Fink, Jörn
Fitting, Waltraud Franck,
Hannelore Franz, Erwin Freese, M.
Frey, Ulrike Freyer, Bernd Fulda,
Volkmar Funke, Rainardo Funkhauser,
Norbert Gansel, M. Ganske,
Maria-Elisabeth Garlipp,
Irmingard Gebhard, Dr. Gehm,
Paul Eckard Geisler, Gerda Gerstädt,
Guenther Gerwin, Erna Glomb,
Simone Goebel, Wilfried Goebel,
Ingrid Anna Gomolzig,
Anja Görsch-Ernelt, Götzke,
Sieghart Graf von Schlieffen,
Jürgen und Bettina Grill, JanGroße,
Willi und Margor Gründel,
Dagmar Haaks, Edeltraut Hamanna,
Hannelore Harring,
Hasche Hentschel-Hollander,
Hans Hermann, Hartmut Hoffmann,
Dr. HelmutHoheisel-Zimmermann,
Arnold Hohendorf,
Karl-Heinz Hohmeyer,
Merle Holschemacher, Horst Hoop,
Max Hoyer, Dorothea Hupp,
Henning Jaeckel, Lieselotte Jahnke,
Klaus Jansen, Anselma Jessen,
Gisela Junge, Familie Junge,
Susann Kaczmarek, Karin Kahlstorf,
Erich Kania, Christel Kankelfitz, Miriam
Kath, Eva-Maria Kauf, Charlotte
Keibel, Heinz und Maria Kellermann,
Juliane Kellner, Kieler Mieterverein,
Kirchenkreis Eckernförde,
Kirchenkreis Flensburg,
St. Marien Kirchenkreis Kiel,
Gem. Bugenhagen Kirchenkreis Kiel,
Gem. Osdorf Kirchenkreis Kiel,
Heilandskirche Kirchenkreis Plön,
Knapp & Loehndorff, Stephanie Knittel,
Timo Kob, Ruth Koch, Brigitte Koelling,
Frederike Koepf, Günter Köhler,
Dieter und Christa Kolligs,
Waltraud Kopp, Irene Körner,
Martin Koßmann, Wolfgang Kracht,
Edith Krengel, Dr. Klaus Kroenke,
Margit Kröger, Kerstin Kuehl,
Sieghart Kühl, Gesa Kühn,
Klaus und Gabriele Künzel,
Margot Lagotzki, Landesbank Kiel,
Helga Lange, Dieter Lassning,
Lilly Lauinger-Wolf,
Thomas Lienau-Becker,
Ursula Liesack, Dagmar Limburg,
Dr. Peter Loeffler, R. Loege,
Martin Löffelholz, Ramona Löge,
Elke Looft, Bernd Löwner,
Astrid Lüders,
Gerd und Gabriele Ludwig,
Annegret Lüpkow, Marianne Lüthje,
Margot Lütke, Lyons Club Kiel,
Sofia Maaser, Jens-Peter Mahler,
Monika Mai, Karin Malies,
Hartwig und Ilse Martensen,
Arne Matschinsky,
Werner und Maren Matz,
Rudolf und Sofia Meissner,
Arnold und Inge Mess, Regina Meyer,
Dr. Klaus und Dr. Victoria Mie,
Reinhard Mix, Annelie Möller,
Gertrud Möller, Elisabeth Moolhuijsen,
G. Mueller, Muhls Hotel,
Gabriele Müller, Monika Müller,
Helga Mund, Nachbarschaftsinitiative,
Rolf Neuenfeldt, Gabriele Nicolai,
Anja-Margret Niendieck,
Hubert Nissen, Carla Odefey,
Johannes Oje, Anette Okonek-Orth,
Ortsbeirat Mitte, Sigrid Otto,
Hans-Günther Pagel,
Wolf-Rüdiger Päpke, Margot Pauls,
Knut Pauschardt, Rainer Petermann,
Waldemar Petersen, Martha Peußer,
Holger Pieplau, Bärbel Pook,
Jan Detlev Postel, Christoph Prehn,
Print & Service, Hans Przylutz,
Manfred Quiatkowski,
Rolf-Guenther Radnitz,
Heidrun Radünz,
Wolfgang und Gertraud Rahn,
Niels Ramcke, Klaus und Sigrid Randt,
Raytheon Marine GmbH, Paul Rebitz,
H.G. Reichenbach,
Kurt und Gisela Reimer,
Erika Reimers, Ilse Rendtorff,
Frank Requate, Else Rieth,
Henning Rimmel, Barbara Rohlf,
E. Rosenbladt, B. Rossmann-Heyser,
Sabine Rother, Nikolai Ruffert,
Kirstin Rupp, Th. Rus,
Gudrun Salveter, Hans-J. Sanner,
Ingrid Sartoro, Johanna Sayk,
Kurt Schamborski,
Heinz-Günther Schilling,
Ingrid Schlapkohl, Kerstin Schlee,
Adelheid Schlüter, Brunhilde Schmidt,
Regina Schmidt,
Klaus und Karin Schmidt,
Dr. Manfred Schmitz,
Else Schmoelcke, Marianne Schnack,
Christoph und Gisela Schneider,
Prof. Dr. Ewald Schnug,
Rolf Schoettke, Gisela Schönicke,
Karl-Theodor Schreitling,
R.L. Schröder, Margot Schröder,
J.P. Schröder, Erika Schueder,
Heiko Schuhmacher, Michael Schulte,
Bernd und Dorothea Schulz,
Hans-Dieter Schulz,
Karl-Ernst und Doris Schulze,
Gisela Schulze, H.Schumacher,
Ulrike Schwedler, Gisela Seifert,
Hans-Christian Sibbert, K. Simon,
Bo und Ingrid Sjoelin, I.Sollik,
Sprottenrock, S. Stark,
Gundula und Thomas Stark,
Frank Starrost,
Walter und Steffen Storm, I.Strehle,
Gisela Strehlow, Klaus-Dieter Struve,
Anke Stürmer, Christa Szemborski,
T. Tiegen, Andreas Timm,
Klaus-Peter Timmermann,
Ute Timmermann, Soester Trenkner,
Edith Vehling, Brigitte Vieth,
Sibylle Vogee, Brigitte von Benda,
Werner und Katja von Gröling, Ulrike
von Stritzky, Klaus Voss,
Christian Wagner, Petra Wahlheim,
Ida Waldeck Weber, Thomas Wehner,
Claus Weigand, Tina Weigand,
Dirk-Uwe und Aaltien Wendrich,
Sven Wichmann,
Rudolf und Ute Wiehe,
Devey Colin, William Peter Winand,
Ingrid Sabine Windschild,
Petra und Hans-Jürgen Wudtke,
Elke Wulff, Kirsten Wunsch,
Christa Zastrow, Anne Ziegener

Geesches Soundcheck

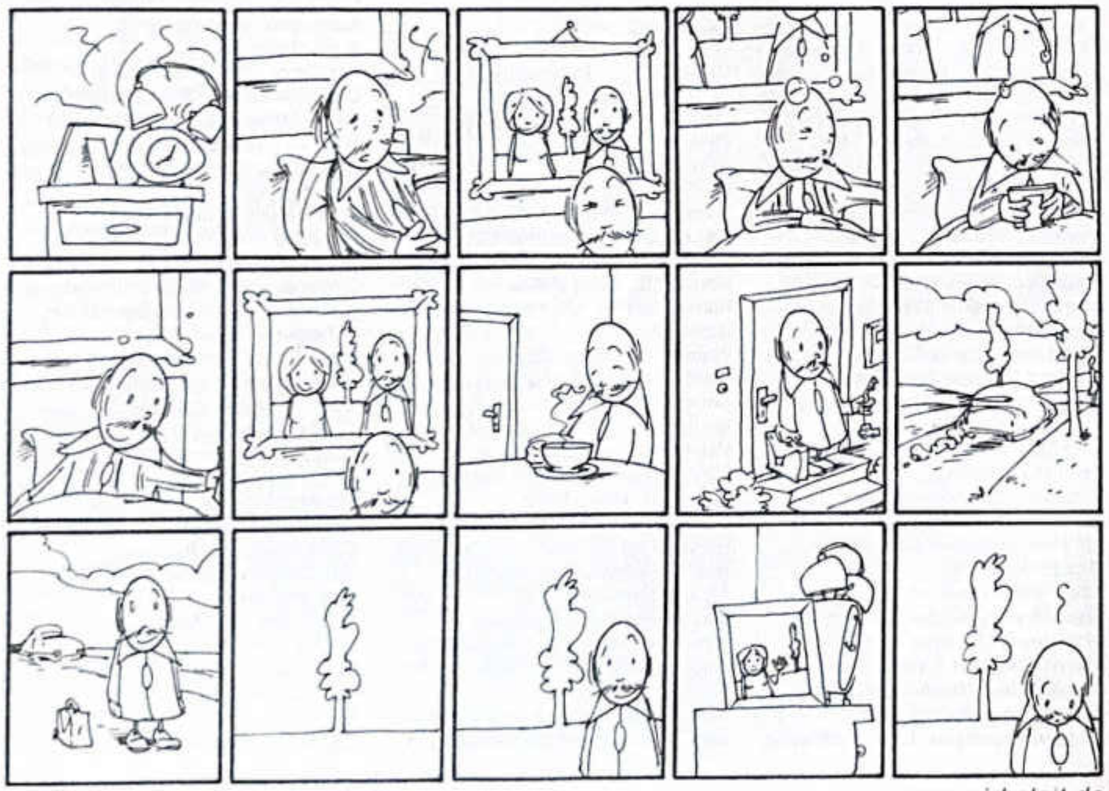
„Ebensowenig wie Kultur sich vielfältig ohne eine soziale Gesellschaft entwickeln kann, kann eine soziale Gesellschaft nicht ohne kulturelle Vielfalt leben".
So lautet das Credo der Berliner Stiftung Lebensfarben, die im Spandauer Gutspark Neu-Kladow einen kulturellen Treffpunkt für Berlin geschaffen hat.
Im Gutshaus Neu-Kladow entstand ein Museum für historische Tasteninstrumente, die man im angrenzenden Konzertsaal bei regelmäßigen Veranstaltungen live hören kann. Hierfür stellt Musik- und Instrumentenliebhaber Jenner seine einzigartige, aus 60 Klavieren bzw. Klaviervorgängern bestehende Sammlung zur Verfügung. Die ersten beiden „Werkstatt-Aufnahmen", die aus dieser Initiative hervorgegangen sind, das Stück für 6,50 EUR bei der Stiftung Lebensfarben zu bestellen, bieten einen wunderbaren Überblick über die Geschichte der Klavierinstrumente der letzten 400 Jahre. Gerd Sühring, im Kieler Raum als Organist, Cembalobauer und Klavierstimmer bekannt, ist Restaurator der Spandauer Sammlung und spielt auf der ersten CD 15 verschiedene Instrumente, in chronologischer Abfolge von Froberger (auf einem Cembalo von 1580) über die Bach-Söhne, Mozart, Kuhlau bis zu Chopin (Blüthnerflügel von 1865). Über die geschichtliche Information hinaus ist es ein Genuß, Gerd Sührings äußerst filigrane, mit großem musikalischen Esprit und viel Einfühlungsvermögen in die ihm naturgemäß sehr bekannten Instrumente, Darstellungen der Stücke zu erleben. Auf der zweiten CD bringt Pianist Frank Maus Werke des


Gerd Sühring, Museumsrestaurator

19. Jahrhunderts zu Gehör, er beginnt mit Haydn auf einem Tafelklavier von 1815 und endet mit Cesar Franck auf einem solchen von 1878.

Weitere Infos unter
www.stiftung-lebensfarben.de

HERR KLEIN KRIEGT DIE FRAU NICHT



www.wirbeleit.de

TIPPS DER VERBRAUCHERZENTRALE + TIPPS DER VERBRAUCHERZENTRALE

Verwirrspiel um Telefonrechnungen

Wer hat was zu sagen auf dem Telekommunikationsmarkt?

Verwirrt bleibt der Verbraucher zurück, wenn er versucht, sich kundig zu machen, wie er sich verhalten soll, wenn seine Telefonrechnung exorbitante Beträge ausweist, die er sich nicht erklären kann.

Das Problem

Seit geraumer Zeit reißen die Beschwerden bei der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern über so genannte Mehrwertdiensteanbieter nicht ab. Dabei geht es vor allem um Forderungen im Zusammenhang mit Dialer-Programmen, die unbemerkt auf den PC gelangen oder ihre Kostenfolge verschleiern, sowie um solche, die durch Irreführung bei der telefonischen Nutzung einer 0190-Nummer entstehen. Das Problem dabei ist, dass die Netzbetreiber die Forderungen der Mehrwertdiensteanbieter zusammen mit der Telefonrechnung einfordern und der Betroffene so erst im Nachhinein erfährt, dass er für eine — angeblich erbrachte — Leistung zahlen soll. Weigert er sich zu zahlen, wird mit Anwälten, dem Gericht und der Sperrung des Telefonanschlusses gedroht.

Die Aussagen

Die oberste Verbraucherschützerin, Ministerin Künast, zur 0190-Geldschneiderei: „Diese unseriösen Praktiken sind verbraucherpolitisch nicht hinnehmbar. Kurzfristig ermuntere ich die Netzbetreiber, allen voran die Telekom, das Inkasso zu verweigern, wenn eine Forderung eines Telefonkunden bestritten ist, und bereits abgebuchte Beträge zurückzuerstatten." Denn, so Künast, Netzbetreiber, die die Leitungen zur Verfügung stellen und damit selbst am Geschäft beteiligt sind, dürfen sich nicht als Inkasso für unseriöse Anbieter missbrauchen lassen.

Das sieht die Telekom anders. Deren Pressesprecher rät bspw. in einem Radiointerview Internetsurfern, die auf eine 0190-Abzocke hereingefallen sind, sich mit dem Anbieter einvernehmlich zu einigen. Und weiter: „Kann eine einvernehmliche Einigung hier nicht zustande kommen, dann geht zunächst einmal der normale rechtliche Weg weiter. Das heißt: Es würde hier zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen. Wir müssen diesen Weg leider gehen, weil wir nach geltender Rechtslage dazu verpflichtet sind, das Inkasso für 0190-Nummern für andere Unternehmen zu übernehmen."

Auch Mitbewerber Talkline möchte am liebsten ohne Wenn und Aber kassieren. Den Hinweis, man könne doch nicht auch noch für offensichtliche Betrüger das Geld eintreiben, wischt das Unternehmen einfach vom Tisch: Eine Einwendung wegen Betruges sei erst dann begründet, „wenn entweder eine rechtskräftige Verurteilung wegen Betruges festgestellt wurde bzw. ein Zivilgericht im Rahmen einer Inzidenterprüfung das Vorliegen des Tatbestandes festgestellt hat."

Noch einen Schritt weiter geht die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post: Zahlen um jeden Preis, so deren Botschaft.

Auf die Tatsache, dass der Nutzer oft erst nach Erhalt der Telefonrechnung mit den Kosten seines Handelns konfrontiert wird, weiß sie nur eine Antwort: „Da er diese Nutzung zu vertreten hat, muss er diese ihm oft unerklärlich entstandenen Verbindungsentgelte bezahlen." Es ist bedauerlich, dass die Behörde diese eigenwillige Auffassung der „Freiwilligen Selbstkontrolle Telefonmehrwertdienste e.V." (FST), der Interessenvertretung der Anbieter, bis heute verbreitet. Dies gilt um so mehr, als sich die FST selbst bereits vor Monaten von dieser extremen, offensichtlich unhaltbaren Formulierung getrennt hat.

Der Rat

Nach Ansicht von Verbraucherschützern starker Tobak, rechtlich zweifelhaft und sehr verwirrend, was da einzelne Akteure des Telekommunikationsmarktes so von sich geben.

Einen einfachen und dazu absolut sicheren Rat kann in Anbetracht der völlig unzulänglichen Gesetzeslage auch die Verbraucherzentrale nicht geben. Nicht verschwiegen werden soll jedoch, dass offensichtlich nicht unbedingt diejenigen am schlechtesten fahren, die sich einfach so verhalten, wie sich Opfer von Betrügern auch außerhalb des Telekommunikationsmarktes verhalten — Strafanzeige erstatten und nicht zahlen, und zwar weder an die Betrüger, noch an diejenigen, die das Inkasso für die Betrüger zu betreiben versuchen. Obwohl die Verbraucherzentrale schon seit mehreren Jahren in hunderten von Fällen keinem der Betroffenen mehr geraten hat, sich auf Vergleichsverhandlungen einzulassen oder gar die geforderten Beträge zu zahlen, ist ihr kein Fall bekannt, dass auch nur eines der tatsächlichen oder vermeintlichen Betrugsopfer verklagt worden wäre. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen, denen bereits durch Rechtsanwaltskanzleien mit der Klage gedroht worden war. Weitere Informationen gibt es in allen Beratungsstellen der Verbraucherorganisation.

Verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern

Duldung von Ellbogenrechten in unserem Rechtsstaat?

Arbeitsplatzabbau ist ein oft benutztes Schlagwort in diesen Tagen. In den Küstenregionen sind in letzter Zeit massiv Arbeitsplätze abgebaut worden und die Wut in der Bevölkerung wächst (siehe letzte Ausgabe). Am Beispiel des Textilgiganten New Yorker wird die Verzweiflung der Arbeitnehmer und die manchmal seltsam anmutenden Praktiken der Arbeitgeber deutlich.

1970 Firmengründung

2001 kerngesundes Unternehmen: 31 Jahre schwarze Zahlen

1991 1. Wahl des Betriebsrates

08/01 Firmengründer Tilmar Hansen kündigt seinen Rückzug aus dem aktiven Geschäft an

09/01 Fritz Knapp „beherrschender" Gesellschafter im Unternehmen: Im folgenden: Kein einziger Auftritt durch Friedrich Knapp in Kiel

09/01 Justitiar Gundolf Tessman erklärt sich zum Ansprechpartner des Betriebsrats (BR) und verkündet wiederholt: „Wir sind ein Team", „Niemand wird entlassen", „Der Standort Kiel ist sicher" und in Gesprächen mit dem Betriebsrat „Wir werden mehr Mitarbeiter einstellen", „Wir werden die Gehälter erhöhen, höhere Tarifgruppen einführen", „Die Aus- und Weiterbildung soll stark vorangetrieben werden" *Davon stimmte NICHTS*

Jan.-Juli `02 Die Sicherheit des Standortes Kiel wurde wiederholt beteuert! Derweil trifft sich regelmäßig eine Auswahl leitender Angestellter in Braunschweig (BS) mit der Vorgabe: Synergie-Effekte erzielen > alle „doppelten" Abteilungen in BS zusammenzulegen. Zusammenziehen der gesamten Ware in BS.

Alles ohne Wissen, geschweige denn Beteiligung des BR!

19.06.02 Frau Steiner (Verkaufsleittung Gesamtunternehmen) informiert die Mitarbeiter der Kieler Verkaufsabteilung (Warenansteuerung) über die unmittelbar bevorstehende Auflösung ihrer Abteilung und Veränderungen im Warenwirtschaftssystem.

20.06.02 Herr Glaser bestätigt dem BR, seit langem von den Plänen gewusst zu haben, findet aber windige Ausreden, warum weder der BR noch der Wirtschaftsausschuss (WA) informiert wurden. Aufforderungen zu Verhandlungen zum Interessenausgleich werden vom AG abgelehnt.

07. 08.02 Herr Glaser bekundet erstmalig gegenüber dem BR eine Betriebsänderung (BÄ). 110 der 230 Mitarbeiter werden direkt betroffen sein. Angedachte Abteilungen : Verkauf, Lager, Ladenbau, Materialwirtschaft, EDV alle anderen Abt. gelten als „sicher".

16. 08.02 BR fordert zum wiederholholten Mal wirtschaftliche Kennzahlen ein und erhält nichts!

12. 09.02 Herr Glaser übergibt seinen Entwurf zum Interessenausgleich, wiederum ohne wirtschaftliche Zahlen

12. 09.02 Darauf beschließt der BR, sich über eine Einstweilige Verfügung sein Recht auf Information durch Richterspruch bestätigen zu lassen

19. 09.02 Vor der ersten Kammer des Amtsgericht (AG) Kiel kommt es zum Vergleich: Der BR soll am 01.10.2002 umfassend informiert werden.

01.10.02 1 Treffen zur Vorlage der vom BR gewünschten Informationen: Herr Glaser gibt Antworten wie: „Keine Informationen sind auch Informationen"

21.10.02 Der BR stellt einen Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung

24.10.02 Dem Antrag auf einstweilige Verfügung wird stattgegeben.

18.53 Uhr: Der Gerichtsvollzieher und Rechtsanwalt Herr M. Oberberg übergeben den Gerichtsbeschluss an die Gesamtleitung.

19.05 Uhr: Trotz der mahnenden Worte durch Herrn Oberberg und des Gerichtsvollziehers beginnt Herr Thomasky nach Telefonat mit Herrn Knapp mit der Räumung des Lagers.

19.30 Uhr: Weitere LKW und 20 Mitarbeiter aus BS rücken an und verladen die Ware (entgegen des richterlichen Beschlusses in Anwesenheit der Polizei, die sich für nicht zuständig erklärt.

Die Mango News Initiative in Westafrika

Das internationale Netzwerk der Straßenzeitungen INSP spendet der Straßenzeitung in Gambia Druckmaschinen samt Zubehör. Hempels organisiert die weltweite Hilfe.



Im Januar 2001 verließ der Containerfrachter „Svendborg Maersk" den Hamburger Hafen mit Ziel Banjul in Westafrika. An Bord befanden sich zwei hochwertige Druckmaschinen, die die CDU Hamburg zu einem günstigen Preis an das internationale Netzwerk der Straßenzeitungen zur Weiterleitung nach Gambia verkauft hatte. Ergänzt wurde die Fracht durch diverse Zubehörteile zum Aufbau einer Druckerei in Afrika. Nach einigen Monaten Aufbauarbeit konnte auf diesen Maschinen die erste Ausgabe der „Mango News" gedruckt werden, die v.a. von jugendlichen Obdachlosen an den Stränden der Hauptstadt Gambias verkauft werden. Adama Bah und Maurice Phillips, die Herausgeber der Zeitschrift schreiben dazu folgendes:

Im Jahre 1996 wurde in Gambia eine Straßenzeitung (oder sollen wir sagen, eine Strandzeitung) von der Organisation Gambia Tourism Concern (GTC) herausgegeben. GTC möchte sowohl auf die negativen als auch auf die positiven Auswirkungen der Tourismusentwicklung in Gambia aufmerksam machen. Es sollen Initiativen gefördert werden, an denen Einheimische beteiligt sind und in denen sie zusammenarbeiten, um ihre Konkurrenzfähigkeit und ihre Position in der Tourismusindustrie zu verbessern.

Die Straßenzeitung CONCERN-Magazine versuchte in diesem Zusammenhang alternative Einkommensquellen für obdachlose Jugendliche an den Stränden zu schaffen. Vorbild waren bereits bestehende Straßenzeitungen anderswo auf der Welt. In Gambia war ein solches Modell wichtig, weil es wachsende Unmut der Einheimischen vor Ort gegen die jugendlichen „Penner" gab. Insofern nahm das CONCERN-Magazine soziale Verantwortung für die Jugendlichen wahr und schaffte denjenigen ein Einkommen, die sich entschieden als Zeitungsverkäufer zu arbeiten.

Leider musste das Erscheinen des Magazins im Januar 2000 eingestellt werden, weil die hohen Druckkosten in Gambia nicht mehr erwirtschaftet werden konnten. Zwei Jahre später gelang es, mit Hilfe der Organisation ASSET, die Kleinbetriebe in Gambias Tourismusindustrie fördert und dem internationalen Netzwerk der Straßenzeitungen INSP, eine Lösung zu finden. Von verschiedenen Mitgliedern des INSP wurden GTC in Gambia zwei Druckmaschinen gespendet, hierzu gehörten BISS - München, Hempels - Schleswig-Holstein, The Big Issue in the North – England, The Big Issue Scotland, Trott War – Stuttgart und Asphalt – Hannover. Wir möchten uns besonders bei zwei Menschen bedanken, ohne deren aktives und finanzielles Engagement dieses Projekt lange verzögert worden wäre oder gar nicht stattgefunden hätte: Hildegard Denninger von BISS und Jo Tein von Hempels.

GTC und ASSET haben sich über das Management und die Redaktion der neuen Zeitschrift verständigt und haben dabei auch entschieden, den Namen in MANGO NEWS zu ändern. Warum MANGO NEWS? Nachdem wir jahrelang CONCERNed (besorgt) waren, möchten wir nun hoffnungsvoll und positiv in die Zukunft blicken. In Gambia repräsentiert die Mangofrucht Hoffnung. Sie ist Ausdruck unseres Bestrebens, die Natur zu schützen. Die Mangofrucht hat, genau wie unser Land, eine Menge verstecktes Potential. Sie reift während der Hungersaison in Gambia und hilft, Hunger und Armut zu reduzieren. Als immergrüne Pflanze repräsentiert sie Kontinuität und in Ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Trockenheit steigert sie unseren Mut, allen Stürmen zu trotzen.

Seit Dezember 2002 erscheinen die MANGO NEWS in Gambia, Westafrika. Für alle Beteiligten ist dies ein großer Erfolg.

(Übersetzung: Hempels)

Leuchtende Kinderaugen in den albanischen Bergen

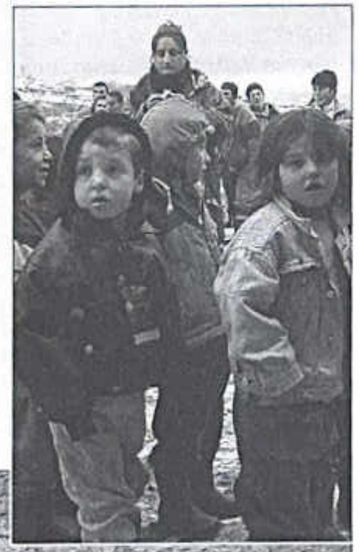
Mit dem Christlichen Hilfsverein Wismar unterwegs

In ganz Deutschland haben Frauen und Männer gestrickt. Schals für albanische Kinder. Zusammengekommen sind 7100 Stück mit einer Gesamtlänge von 9,3 Kilometer. Sie wurden gemeinsam mit Weihnachtsgeschenken in Schuhkartons von der Albanienhilfe des Christlichen Hilfsvereins Wismar e.V. auf die 2.600 Kilometer lange Reise geschickt.



Drei Mitarbeiter des Vereins aus Mecklenburg und einige Helferinnen und Helfer aus Sachsen haben den Transport gefahren und die Verteilung selbst durchgeführt. Mit dabei war Hans Becker aus Kühlungsborn, sowie Stefan Schmidt und Pastor Frieder Weinhold aus Wismar.

Hans Becker lenkte den LKW bis in die entlegenen albanischen Berge, von wo es nur noch per Geländewagen oder zu Fuß weiterging. „Ich bin schon das dritte Mal in diesem Jahr mit auf dem Balkan. Mir ist es sehr wichtig, dass wir relativ Reichen den Armen in Südosteuropa helfen müssen."



Die Kinder von Velcan warten auf die Verteilung (rechts). Glücklich über die Geschenke: Ein Schal, ein Weihnachtspäckchen, etwas Kleidung, ein Paar neue Schuhe (links) Bei der Geschenkverteilung in Velcan (unten)



Hans Becker hat in diesem Jahr seinen Arbeitsplatz verloren, da in seiner Branche derzeit viele Betriebe in Ostdeutschland nicht überleben können. Auch er muß jeden Cent zweimal umdrehen. Das hindert ihn jedoch nicht daran, weiterhin anderen Menschen zu helfen. Jetzt berichtet er von der Weihnachtsgeschenkverteilung in Velcan, einem albanischen Bergdorf im Südosten des Balkanlandes: „Vor mir stand ein Kind, vielleicht fünf Jahre alt, mit seinem Vater. Es hat mich sehr ernst und lange angeschaut. Diese Augen gehen mir nicht aus dem Sinn. Eine große Freude ist es für mich, wenn solche Augen wieder lachen. Das gibt mir neuen Mut."

Die Albanienhilfe gibt es schon seit 1991. Damals folgten ein paar Wismarer dem Hilferuf eines international tätigen Missionswerkes, Hilfstransporte in das sich gerade wendende Albanien zu bringen. Frieder Weinhold erinnert sich an den ersten Transport im Februar 1992: „Als wir endlich in Albanien ankamen – es war erbärmlich kalt – war unser ganzes Team erschüttert von den Zuständen in diesem Land. Die Menschen hungerten und froren, wir trafen Kinder, die im Schnee barfuss liefen, Fabriken standen still, in den Schulen fehlten Fensterscheiben, Schulhefte waren im Land nicht aufzutreiben, es war einfach trostlos." Diese Situation ließ die Wismarer nicht kalt. Sie haben einen Hilfstransport nach dem anderen gestartet, haben Schulen repariert, dem Gesundheitswesen geholfen und immer wieder den Kontakt zu den Menschen gesucht. Langsam geht die Entwicklung in Albanien aufwärts, aber immer noch ist sehr viel Hilfe nötig. Das kleine Land hat ungefähr drei Millionen Einwohner und ist so groß wie das Bundesland Hessen. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte sich die wohl härteste stalinistische Diktatur in Europa etabliert. Sie konnte sich bis zum Beginn der 90-ger Jahre halten und hat das Land wirtschaftlich und moralisch verwüstet. Seit 1968 verkündete der albanische Rundfunk stolz, dass man der erste atheistische Staat der Welt sei. Heute sind viele Albaner wieder auf der Suche nach einen inneren Halt im Leben. Ein Albanienhelfer aus Wismar, der den Leuten in unserem albanischen Bergdorf sagte, er sei Atheist, bekam zur Antwort: „Aber man kann doch nicht ohne Glauben leben."



Der gemietete LKW steht vor dem Vereinshaus in Wismar zum Laden bereit. Am Lenkrad: Thomas Steffen, der die Vorbereitung der Aktion leitete.

Unsere Hilfe und Partnerschaft ist vor allem für die Bergdörfer nötig, deren Bevölkerung sehr viel schlechter gestellt ist, als die Menschen, die in den Städten leben. Darum hat die Albanienhilfe eine Hilfsstation in dem Dorf Bishnica aufgebaut. Von dort werden Hilfslieferungen angefordert und betreut, vor allem Schulmöbel und Schulbedarf, sowie Weihnachtsgeschenke für Kinder. Wir betreiben ein Internat für Kinder, um ihnen einen täglichen Schulweg von 20 – 30 Kilometer zu sparen, den sie zu Fuß zurücklegen müssten.

Wir haben auch ein Computerkabinett eingerichtet. Alle Aktivitäten sind darauf gerichtet, die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen aus den Dörfern zu erhalten und zu fördern. Als nächstes muß das Dach der Schule von Bishnica erneuert werden. Der Schuldirektor hat diese Schule mit unserer Hilfe gut organisiert. Ein neues Dach (die Kosten belaufen sich auf ungefähr 2000 Euro) könnte nun den Betrieb auf lange Zeit sichern.

Wer uns dabei unterstützen möchte, kann eine Spende auf das Konto 12 000 14 100 bei der Sparkasse Mecklenburg Nordwest BLZ 140 510 00 einzahlen.

erwe

Die Bishnica-Schule braucht ein neues Dach.



Neues vom Arbeitsmarkt

Bildungsgutscheine sollen Arbeitslosigkeit eindämmen

Arbeitslose bald umworbene Kunden?

Seit dem 1. Januar 2003 gibt es beim Arbeitsamt die so genannten Bildungsgutscheine. Das bedeutet, dass Arbeitslose nicht mehr vom Amt in eine der häufig völlig sinnlosen Zwangsmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung geschickt werden. Stattdessen können sie sich mit den neuen Bildungsgutscheinen ein Sortiment von Weiterbildungen zusammenstellen, das sie fit machen soll für den ersten Arbeitsmarkt. Doch hier im hohen Norden wird das neue System wohl nicht eine ganz so drastische Neuerung darstellen.

Viele Arbeitslose kennen das: Das Arbeitsamt zwingt sie in Maßnahmen. Dabei spielt es häufig keine Rolle, ob diese sinnvoll sind, ob sie den Arbeitslosen helfen den Weg zurück auf den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Wichtig scheint der Bundesanstalt für Arbeit nur die Statistik zu sein. Die Weiterbildung wird zur Qual. Entweder hat man nichts davon, weil man nichts Neues lernt, oder weil viele andere Kursteilnehmer nichts lernen wollen.

Freie Marktwirtschaft in der beruflichen Bildung

Mit diesen Querelen soll jetzt Schluss sein. Das Zauberwort heißt freier Wettbewerb. Wobei des einen Freud wieder einmal des anderen Leid ist. Die Arbeitsämter hoffen auf besser zugeschnittene und effektivere Angebote, die Bildungsträger, deren Aufgabe es ist, Arbeitslose und Weiterbildungswillige zu schulen, plagen Existenzsorgen. Nutznießer des neuen Systems sind zweifellos arbeitswillige Arbeitslose. Nun haben sie die Gewissheit mit Leuten zusammen zu lernen, die dasselbe wollen, wie sie selber – sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren und sich den Neuerungen dort anzupassen. Keine uninteressierten, störenden Mitschüler mehr hindern an der gezielten (Weiter)Bildung. Und das Angebot muss gut sein. Sonst können die Bildungsträger nicht mehr lange bestehen.

"Wir kommen weg von der Zentralverwaltungswirtschaft in der Bildungslandschaft", erklärte Rolf Seutemann, Chef der Arbeitsämter in Schleswig-Holstein gegenüber dem SHZ. In der Vergangenheit war es gängige Praxis, dass die Seminaranbieter beim Arbeitsamt anriefen, wenn sie nicht genügend Teilnehmer hatten, damit der Kurs sich für sie rechnete. Dann schickte der amtliche Arbeitsvermittler halt noch einmal einige Bildungswillige.

Jenes Stück Papier, der Bildungsgutschein, den die Arbeitslosen seit dem 1. Januar in die Hand bekommen, soll die freie Marktwirtschaft in der beruflichen Bildung bringen. Laut einer Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit werden Bildungsträger und Bildungsmaßnahmen künftig von Zertifizierungsagenturen zugelassen. Solange diese nicht bestehen, kann das Arbeitsamt Träger und Bildungsangebote zulassen. Neu ist außerdem, daß Bildungsträger zukünftig ein System zur Qualitätssicherung anwenden und nachweisen müssen.

Im Prinzip ganz einfach

Und das soll so funktionieren: Künftig schickt das Arbeitsamt keinen Arbeitslosengeldbezieher mehr in eine Maßnahme, die der Anbieter pro forma angeboten hat. Der Arbeitslose soll mit seinem Berater besprechen, was ihm den Weg zu einem Festjob ebnen könnte – beispielsweise ein Busführerschein, eine EDV-Fortbildung oder eine Qualifikation zum Programmierer. Dabei werden Dauer, Kosten und Ziel des Kurses festgelegt. Auf dem Gutschein ist dann vermerkt, was der Besitzer machen darf und soll und in welcher Region er das darf. Der Präsident des schleswig-holsteinischen Landesarbeitsamtes, Rolf Seutemann, hält die Tuchfühlung von Arbeitslosen zum ersten Arbeitsmarkt für sehr wichtig: "Ich würde den Kontakt zu den Arbeitgebern in der Region suchen. Und dann sollen die beiden Mal besprechen, was der Arbeitslose braucht." Dann sucht sich der Arbeitslose selber seinen Kursanbieter. Dabei wird ihm seitens der Anbieter deutlich geholfen werden. Rolf Seutemann dazu: "Bisher hat das Angebot zu sehr die Nachfrage bestimmt. Jetzt müssen die Bildungsträger wirklich hinter den Gutscheininhabern herlaufen."

Völlig offen, was das Modell bewirkt

Für die Anbieter von Bildungsmaßnahmen ist offen, ob die Kursteilnehmer eher qualitativ hochwertige Angebote annehmen oder dorthin gehen, wo man früher nach Hause kann. Offen ist auch noch, ob die Bildungsträger den Anforderungen überhaupt gewachen sind. Klaus Markmann, der Bildungsexperte der Industrie- und Handelskammer (IHK) findet die Neuerung grundsätzlich erst einmal positiv. "Bisher bestand die Gefahr, dass man nicht so auf das Ergebnis guckt." Das soll jetzt anders werden. Statt um Kapazitätsauslastung bei den Bildungsbetrieben soll es nur noch darum gehen, wie die Eingliederungsquoten in feste Jobs steigen können. „Die Bildungsträger werden ihr Angebot noch stärker darauf überprüfen müssen, welchen Bedarf die regionale Wirtschaft tatsächlich hat", erklärte der Experte der IHK gegenüber dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag.

Darunter leiden könnten neben den finanzschwächeren Bildungsträgern hauptsächlich schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose. Denen hilft ob ihres Lebenslaufes vielleicht die beste Weiterbildung nichts. Dennoch kann auch diese Personengruppe in einigen Sparten sicher eher wieder Fuß fassen, wenn sie gut geschult ist, als wenn die Bundesanstalt für Arbeit das Geld in unsinnige Maßnahmen verschwendet.

Auch wenn sich die Änderungen bei uns nicht so extrem auswirken werden, wie beispielsweise in Ballungsgebieten, können von der neuen Regelung durchaus alle Beteiligten etwas haben. Und für Arbeitslose lohnt sich der Gang zum Amt, um sich zu informieren, sicherlich.

Thomas Repp

Zuschuss bei Gründung einer Ich-AG

Steigende Arbeitslosenzahlen zwingen die Verantwortlichen neue Wege zu gehen. Einer dieser neuen Wege aus der Arbeitslosigkeit soll die so genannte "Ich-AG" sein.
Das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hat ab 1. Januar 2003 einen Anspruch auf einen Existenzgründungszuschuss zur Unterstützung von so genannten Ich- bzw. Familien AGs eingeführt.
Diese Regelung ist bis Ende 2005 befristet. Die Förderung richtet sich an vormalige Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe oder Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungmaßnahmen, die eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen.
Der Zuschuss wird in abnehmender Höhe für maximal drei Jahre gewährt, solange das Einkommen *25.000 EUR* im Jahr nicht überschreitet und allenfalls Familienmitglieder mitarbeiten, aber keine Arbeitnehmer beschäftigt werden. Der Zuschuss beträgt im ersten Jahr *600 EUR*, im zweiten Jahr *360 EUR* und im dritten Jahr *240 EUR* monatlich.
Die Leistung wird jeweils für ein Jahr bewilligt. Vor einer erneuten Bewilligung ist vom Existenz gründer nachzuweisen, dass die Förderungsvoraussetzungen weiterhin vorliegen.
Die Förderung muss vor Aufnahme der selbständigen Tätigkeit bei dem Arbeitsamt beantragt werden, in dessen Bezirk der Existenzgründer seinen Wohnsitz hat. Dort gibt es auch weitergehende Informationen.
Mit dem Existenzgründungszuschuss besteht nunmehr - neben dem Überbrückungsgeld gem. § 57 Sozialgesetzbuch Drittes Buch - ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit.

Bundesanstalt für Arbeit
Presse-Info 04 vom 03.01.03

Die Sch... Zahl des Monats

Zahl des Monats Januar ist eindeutig der Wert 4,5 Millionen! Soviel Arbeitslose sagen Experten laut einer Meldung der "Husumer Nachrichten" vom 4.Januar für das Jahr 2003 voraus.

Fünfter Frauenpolitischer Ratschlag

Frauen aus aller Welt berieten aktuelle Probleme

Der drohende Irak-Krieg und die Situation in Afghanistan standen im Mittelpunkt einer Tagung von Frauen und einigen Männern aus aller Welt, die Ende letzten Jahres in Düsseldorf stattfand.

Verdammter Regen! Wie Störche durch Sümpfe wateten wir vom Parkplatz über den Zugang zur Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Wenigstens die Anhöhe mit Kopfsteinpflaster führte ohne Wasserpfützen zum Eingang, vor dem sich Massen von Frauen und auch



Eine kurdische Kulturgruppe trat in der Kulturnacht auf.

Männern drängten. Drinnen wickelte sich der erste Empfang flott ab. Die angemeldeten Teilnehmer erhielten ihr Identifikationsanstekkärtchen und einen Übersichtsplan mit Zeiten, stattfindenden Veranstaltungen in festgelegten Räumen für die zwei Tage des Fünften Frauenpolitischen Ratschlags in Deutschland.

1997 wurde die 1. Beratung von Frauen über ihre Probleme in der BRD mit etwa 30 Teilnehmerinnen geboren. Jährlich vergrößerte sich die Anzahl. An die Seite der Frauen traten auch Männer, die die Frauen-Forderungen unterstützen. Beim 4. Frauenpolitischen Ratschlag im Dezember 2000, an dem ich erstmals teilnahm, füllten bereits 1600 begeisterte Teilnehmer/innen aus zwanzig Ländern aller Erdteile die große Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg. Und nun zum 5. Frauenpolitischen Ratschlag Ende 2002 erschienen 1700 aus 24 Ländern. Welch ein überwältigender Zuspruch von politisch organisierten oder nicht gebundenen Frauen für ihre vielfältigen Anliegen in der Welt, getragen von bisher fast vierzig Frauenverbänden und -vereinen nationalen und internationalen Charakters und einiger Parteien auf der Grundlage weltanschaulicher Offenheit. Jede dieser fünf Frauenveranstaltungen war eigenverantwortlich organisiert, finanziert und inhaltlich ausgestattet.

Unter dem Motto „Mutig, machtvoll, miteinander – weltweit!" berieten die Frauen und Männer während des Plenums im Auditorium Maximum und aufgeteilt entsprechend ihrer Wahl in zwölf Foren zu brennend aktuellen Problemen wie zum Beispiel: Familie, Partnerschaft, Zusammenleben, Gesundheit, Arbeitsleben, Bildung und Erziehung, Migrantinnen, Jugend, Innere Sicherheit, Bürgerinnenrechte, Sexueller Missbrauch, Frauenhandel, Prostitution, Frauenbewegung, Internationale Solidarität, Krieg und Frieden, Religion, Umwelt und Hochwasser. Ziel aller Foren war die Vernetzung internationaler Aktivitäten von Frauen in der Welt.

Meine Teilnahme am Forum „Internationale Solidarität, Krieg und Frieden" gestaltete sich zum tief beeindruckenden Erlebnis. Da sprachen Sohaila und Sahar aus Afghanistan über die Leiden der Mütter und Kinder in ihrem Land, das Ringen um Obdach, Nahrung, gegen Krankheiten, Unterdrückung durch eigene Männer und Überfälle von Banditen, wodurch sie zu ihrem Schutz gezwungen sind, die Burka weiter zu tragen. 124 000 Bomben wurden auf Afganistan abgeworfen. Sie töteten unzählige Menschen, vernichteten den Lebensraum der zurück gekehrten Flüchtlinge. Achtzig Prozent der Kriegsverbrecher teilen sich heute die Macht.

So empfand jeder der zweihundert Beteiligten dieses Forums echte Solidarität mit Sangana und der Gruppe aus dem Irak, als sie die Völker um Hilfe im Kampf ihres Volkes gegen dessen Diktatur und Mörder Hussein aufrief. Hussein setzte chemische Waffen gegen Kurden ein und vernichtete 4000 kurdische Gemeinden. „Aber die Befreiung von ihm kann unser eigener Kampf sein. Dafür brauchen wir keinen Krieg der USA und ihrer Partner! Sie verfolgen eigene Interessen, nicht unsere." Die Journalistin Pakshan, seit fünf Jahren als Asylantin in Köln lebend, legte offen, dass die USA bereits vor dem 11. September die Besetzung Iraks beabsichtigten. Faten aus Palästina schilderte ihre höchst beschwerliche Reise nach Düsseldorf, bei der sie 93 Kontrollen mit Verhören passieren musste. In Palästina kämpfen die Frauen seit dem zwanzigsten Jahrhundert gegen englische und nun israelische Besetzung. Israelisches Militär „bewacht" sie bei Demos mit Geschossen und scharfen Waffen. Die Sprecherin aus Peru berichtete, dass 10000 Menschen unter der jetzigen Regierung verschwunden sind, die



Faten aus Palästina berichtete über die Frauenbewegung in ihrem Land

Gesetze missachtet werden. Aus dem Kongo schilderte eine Frau, mit welchen Methoden seit fünf Jahren der Krieg tobt und massenhaft Tote aus der Bevölkerung forderte, obgleich er keine Volksangelegenheit ist, sondern ein imperialistischer Ausbeutekrieg. Im Stillen dachte ich, wie relativ gut es uns in Deutschland im Vergleich mit anderen Völkern geht. Mögen wir alles tun, um den Frieden zu erhalten! Dann kam die Forderung der ausländischen Frauen: „Die deutsche Regierung muss wegen ihrer Kriegshilfe vom Volke scharf angegriffen werden!"

In den elf anderen Foren traten die Frauen entsprechend ihrer Thematik ähnlich offensiv auf. Im Ergebnis verabschiedeten die 1700 Teilnehmer einstimmig eine Erklärung: „Raus aus dem Frauenzimmer – ab heute stehen wir in der ersten Reihe!"

Darin lautet es unter anderem: „Wir werden unsere Forderungen stellen! Wir werden sie nicht mehr unsicher und bittend, sondern fordernd und entschlossen vortragen. Wir werden alles für ihre Durchsetzung tun".

Wir Rostocker Teilnehmerinnen und Teilnehmer legten den weiten Rückweg von Düsseldorf nach Rostock innerlich aufgewühlt und begeistert zurück, auch mit der Hoffnung, dass die Frauen in unserer Heimatstadt den Aufruf des Fünften Frauenpolitischen Ratschlags unterstützen. Eine große Anzahl Frauen reiste aus den neuen Bundesländern nach Düsseldorf. Bleibt zu wünschen, der Ruf der Frauen wird gehört und fördert neuen Elan im Kampf für Frieden in der Welt und die Rechte der Frauen.

Helga Ewert

Anti-Hartz-Bündnis gegründet

In Frankfurt/Main trafen sich am,11. Januar Vertreter regionaler Anti-Hartz-Bündnisse, Erwerbslosen- und Sozialhilfeempfängergruppen sowie weiterer sozialer Bewegungen, um die notwendigen Proteste gegen die Umsetzung der Hartz-Vorschläge zu planen und bundesweit zu koordinieren. LabourNet Germany, ein virtueller Treffpunkt, der sich auf seinen Internetseiten als Opposition innerhalb von Gewerkschaften und Betriebsräten darstellt, hatte zu diesem Bündnis aufgerufen. Aufgrund dieser breiten Basis und der Tatsache, dass weiterhin und verstärkt über die Hartz-Gesetze und ihre Folgen aufgeklärt werden soll, ist ein erster Aktionsplan beschlossen worden. Er beinhaltet mehrere Aktionstage.

8. März 2003: „Tag der Frauen" und ihrer besonderen Betroffenheit durch die Hartz-Gesetze.

1. April 2003: „Tag der PSA" — zur bundesweit flächendeckenden Einführung der PersonalServiceAgenturen soll gegen Zwang zur Leiharbeit, Lohndumping und Niedriglöhne protestiert werden.

1. Juli 2003: Als vorläufiger Höhepunkt der Proteste wurde der Tag gewählt, an dem voraussichtlich im Bundestag über die „Zusammenlegung" von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entschieden werden soll. Ob die Mobilisierbarkeit bis zu diesem Tag auch für eine zentrale Aktion in Berlin ausreicht, wird in der „Halbzeit", beim nächsten Aktionstreffen des bundesweiten Anti-Hartz-Bündnisses am 5. April, entschieden.

Alle Beteiligten sind sich darüber im Klaren, dass der Kampf für den Erhalt der letzten sozialen Rechte auch nach dem Sommer weitergehen muß. Diese Fortsetzung soll bei einer bundesweiten Aktionskonferenz nach dem 1. Juli beschlossen werden.

http://www.labournet.de/D.W.

Obdachlosigkeit bleibt ein Problem

Rund 200 Personen nehmen jährlich in Schleswig-Holstein Obdachlosenunterkünfte in Anspruch. Dies hat die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des sozialpolitischen Sprechers der CDU - Landtagsfraktion, Werner Kalinka, MdL, mitgeteilt. Für Obdachlose stehen 150 Betten in 4 Einrichtungen zur Verfügung.

Insgesamt übernachten seit 1990 knapp 3000 Menschen in den 4 Obdachlosenunterkünften im Land. Dabei wurden rund 450.000 Übernachtungen gezählt.

Kein Zahlungsstopp bei Prozesskostenhilfe

Im Hinblick auf missverständliche Informationen aus dem Justizbereich weist das Justizministerium darauf hin: die Festsetzung und Auszahlung von Prozesskostenhilfekosten erfolgt selbstverständlich. Es wird bedauert, dass in einer Region der Eindruck entstanden sein könnte, es gäbe Verzögerungen aufgrund fehlender Haushaltsmittel. Die notwendigen Mittel waren und sind bereitgestellt.

Expertenwarnung: Marihuana hat sich zu einer harten Droge entwickelt

Die Gefahr wird unterschätzt

In letzter Zeit stellen Rauschgiftfahnder vermehrt Abhängige fest, deren Lebensinhalt sich um die Beschaffung und den Konsum von Marihuana dreht. Dies ist durchaus schon mit dem Verhalten von Usern harter Drogen, wie beispielsweise Crack, Kokain oder Heroin zu vergleichen. Für Experten kommt dieses Verhalten nicht von ungefähr. Thomas Menzel, der Leiter des Rauschgiftdezernates in Hamburg sagte der "Welt am Sonntag": Das auf der Straße angebotene Marihuana hat schon lange nichts mehr mit dem Zeug zu tun, das wir aus der Flower-Power-Zeit kennen."

Experten und Rauschgiftfahnder warnen deshalb verstärkt vor der Droge, die bislang eher als weich eingestuft wurde. Durch spezielle Anbau- und Zuchtmethoden habe sich der Wirkstoffgehalt von Marihuana mehr als verdoppelt. Menzel: „Das, was wir jetzt haben, würde ich eher als harte Droge bezeichnen." Die Gefahr der psychischen Abhängigkeit hält der Rauschgiftfahnder mittlerweile für sehr hoch.

Aufgeschnappt

Wissenswertes kurz & knapp, gesammelt von Thomas Repp:

Kritik an den Hartz-Plänen

2002 Erfolgreiches Jahr für DGB-Frauen :

Eine erfolgreiche Bilanz für die Frauenarbeit zog die Vorsitzende des DGB-Regionsfrauenausschusses, Christa Iversen, auf der letzten Versammlung in diesem Jahr. "Wir haben uns eingemischt und konnten einiges an Bewußtseinsänderung bei unseren männlichen Kollegen erreichen," betonte Iversen und verwies auf eine erfolgreich verlaufene Betriebs- und Personalrätekonferenz zum Thema "Gender Mainstreaming", an der auch viele Männer teilnahmen.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Internationale Frauentag, an dem sich die DGB-Frauen mit ihrem traditionellen Frauenfrühstück beteiligten. Ferner war der Frauenausschuss der DGB-Region Schleswig - Holstein Nord an der Gestaltung des "Girl's Day 2002", dem Mädchen-Zukunftstag, beteiligt. Außerdem wurden Veranstaltungen zum Thema "Frauenrente" angeboten.

"Im kommenden Jahr werden wir uns mit dem Hartz-Konzept zur Neugestaltung des Arbeitsmarktes intensiver befassen," kündigte Christa Iversen an. "Denn bei einigen Vorschlägen besteht die Gefahr, dass Frauen noch weiter in Niedriglohnbereiche und an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt werden." Als Beispiele nannte sie das "Brückengeld" für Ältere und die haushaltsnahen Mini-Jobs, von denen wieder einmal Frauen durch niedrigere Renten im Alter betroffen wären.

Die gute Nachricht -

Prävention zeigt Wirkung: Weniger Drogentote

Wie das Bundesgesundheitsministerium zum Jahresanfang erklärte, ist die Zahl der Drogentoten im vergangenen Jahr 2002 erheblich gesunken. Rund 1.400 Menschen sind an Drogenmissbrauch gestorben. Im Jahr 2001 waren es noch 1835 Menschen - also etwa 20 Prozent mehr.

Vor allem eine verbesserte Prävention und verschärfte Polizeikontrollen wurden als Gründe für den Rückgang genannt.

Mal ganz ehrlich...



... Dinge gibt's, die gibt's wirklich nicht. Da erlebte ich unlängst in einer Rostocker Kneipe folgendes: Ein schon leicht angetrunkener, intelligenter Typ, mit dem ich ins Gespräch am Tresen gekommen war, sagte beim Thema Irak: „Die USA sind ein Schurkenstaat." Als ich das hörte, gerann mir fast mein demokratisch gesinntes Blut. Wie zu tiefsten Ostzeiten drehte ich mich reflexartig nach allen Seiten um, ob vielleicht diese Äußerung noch jemand gehört haben könnte. Den Mann betrachtete ich jetzt genauer. War er vielleicht beim Verfassungsschutz? Keine Anzeichen. Jetzt war ich gefordert. Mit wildester Entschlossenheit entgegnete ich: „Die USA sind unser Freund." Und kaum war dieser Satz raus, fügte mein Gegenüber hinzu: „Und von den USA lernen, heißt siegen lernen, nicht wahr?!" Ich entgegnete fast piepsend: „Ein Schurkenstaat wird meistens von einem Schurken regiert. Die USA aber sind ein freies Land mit einem freigewählten Präsidenten." Herablassend wurde ich angegrient. Dann kam: „Das stimmt. Die USA sind ein freies Land. Es ist tatsächlich frei an Sensibilität gegenüber den Positionen anderer Länder. Und außerdem wurde der jetzige Präsident nicht frei gewählt, sondern von der amerikanischen Ölindustrie bei der letzten Wahl an die Macht gezählt." Ich kam in Rage: „Bush kämpft entschlossen gegen den internationalen Terrorismus. Er will Saddam Hussein entwaffnen und entmachten." Darauf er: „Richtig. Die USA wollen ihm die Macht entziehen, und zwar die Macht über seine Erdölvorkommen." Jetzt war ich bereit, alles aus mir herauszuholen. Ich sagte: „Wenn diese Behauptung wirklich wahr ist, könnte man den drohenden Krieg doch ganz einfach verhindern: Die USA bekommen vom Irak alle Waffen zurück, die während des Iran-Irak-Krieges geliefert wurden. Und wenn Saddam auch noch alle seine Erdölquellen friedlich übergibt, darf er in aller Ruhe an der Macht bleiben und wird vielleicht noch Bushs Busenfreund." Mein Gesprächspartner war begeistert. Er haute mir mit seiner Riesenpranke voll auf die Schulter, nahm einen kräftigen Schluck aus seinem Bierglas und gab mir zu verstehen: „Du bist gar nicht so blöd wie du aussiehst. Das ist die Lösung des Konflikts. Geh zur UNO und mach diesen Vorschlag. Benzin kriegst du dann bis ans Lebensende umsonst." Dann rief er die Kellnerin: „Bier bitte für den künftigen Friedensnobelpreisträger!" Ich dankte, bezahlte meine Zeche und verließ schnell die Kneipe. Ich fühlte mich total verarscht. Ist das normal?

Kalle Stahl

Kein Blut für Öl

Wir sind uns einig: Nein zum Krieg!

Das Rostocker Friedensbündnis verabschiedete am 17. Januar einen Aufruf für eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts. Auf einer Kundgebung am 18. Januar wurden in Rostock 3.458 Unterschriften gegen einen Militäreinsatz gesammelt werden. An diesem Tag gingen nicht nur in Rostock Tausende Menschen gegen einen militärischen Einsatz im Irak-Konflikt auf die Straße. Demonstrationen für eine friedliche Lösung fanden z.B. auch in Tübingen, Heidelberg, München, Paris, Moskau, Tokio, Washington, San Francisco, Madrid, Damaskus und Beirut statt.

Wortlaut der Rostocker Resolution: Kriege als Mittel der Politik müssen geächtet werden und geächtet bleiben.

Militärische Großmachtdemonstrationen produzieren, was sie zu bekämpfen vorgeben: internationalen Terrorismus.

Demokratische Gesellschaften, die Menschenopfer für Ölinteressen in Kauf nehmen, zerstören sich selbst.

Der Kampf gegen die Feinde der Menschlichkeit und der Menschenrechte ist allein Sache der Völkergemeinschaft und ihrer legitimen Organe.

Nur eine Weltordnung des sozialen Ausgleichs und der kulturellen und religiösen Vielfalt kann den Frieden langfristig sichern.

Die deutsche Politik soll diesen Grundsätzen konsequent und verlässlich dienen.

Unsere Hoffnung bleibt: „Schwerter zu Pflugscharen!"

„Mehr Geld für Frieden und Arbeit! Schließt euch an!"

Erstunterzeichner/innen:
Dr. Mahlburg, Fred, Akademieleiter, Rostock
Knisch, Reinhard, DGB-Regionsvorsitzender, Rostock
Dr. Langer, Jens, Pastor, Rostock
Rietzke, Hansjürgen, Rentner, Huckstorf
Dr. Koebe, Kristina, Projektmanagerin, Rostock
Dr. Köppen, Peter, Redaktion „Stadtgespräche", Rostock

Durch die Zahlung von 20 EUR durch die Unterzeichner soll die Veröffentlichung des Aufrufs in Annoncen, auf Plakaten und Postkarten finanziert werden. Mehrere Rostocker Zeitungen, wie auch der „STROHhalm", drucken den Aufruf kostenfrei ab.

Kontaktadresse:
Tel.: 0381-4977910, Fax: 4977999, e-mail: reinhard.knisch@dgb.de

Wer das Schwert nimmt!



Zu dem Thema "Krieg" fällt dem Betrachter in erster Linie das ein, was er aus den Medien erfahren hat. Nur in seltenen Fällen wird offenbar, weil verleumdet , vertuscht oder verschwiegen, in welchem Maße die Menschenverachtung mit jedem Krieg einhergeht. Mit der zunehmenden Höhe der Anzahl der Toten sinkt der Wert eines Menschenlebens bis hin zur Marke Null. In Anbetracht der aktuellen Konfliktsituationen stellt sich für viele junge Leute die Frage, inwieweit die "Wehrpflicht" berechtigt ist. Ereignisse der Vergangenheit belegen, dass die "Wehrpflicht" nicht wie dargestellt, eine Gewissensfrage, sondern wider aller Menschlichkeit ist.

„Feuer" – Nach einer Skizze des verurteilten U-Boot Kommandanten, wenige Stunden vor der Vollstreckung

Schritte hallen durch den Flur. Roh wird die Tür aufgestoßen. Richter Meinhart betritt in Begleitung des Wachpersonals die Zelle. Burk nimmt Haltung an. Er wird in den Gefängnishof geführt. Dort wartet bereits die grüne Minna. In wenigen Minuten erreichen sie die Hochbrücke über den Kanal. Von dort schaut Burk auf den zusammengebombten Schutthaufen Kiel, der einstigen Zierde der Ostsee. Die Sonne scheint nun aufgehend über der blauschimmernden Förde. Der Wagen rollt in die Walle des Schießstandes und hält unweit des Kugelfangs. Auch jetzt in den letzten Minuten wird ihm keine Freiheit gewährt. Mit den Händen zerren ihn zwei Männer heraus und führen ihn zu einem Holzpfahl. Richter Meinhart verliest das Urteil: "Im Namen des Volkes.... Zersetzung der Wehrkraft.... Abhörens von Auslandsendern....

Burk überschlägt in Gedanken die letzten vier Jahre seiner Laufbahn als Marineoffizier. Minutiös musste er als Flugzeugführer und später als Kapitänleutnant in der U-bootflotte über alle Ereignisse im Dienst Bordbuch führen.

Erlebnisse, die Bücherbände füllen würden, auf kurze Notizen reduzieren und Vorgesetzten gerecht frisieren. In der nur der Wehrmacht eigenen verharmlosenden Sprache.

Burk denkt an seine Einsätze über England und Russland. Die vielen zusammengeschossenen Heinkelbomber die er nur noch Bruchlanden konnte. Wie er sich überwinden mußte, dem rasenden Flakfeuer und den entgegenzündelnden Perlschnüren der Leuchtspurmunition aus unzähligen Maschinenkanonen entgegenzufliegen, den Jagdflugzeugen fast hilflos ausgesetzt. In der Heinkel saßen sie zu viert, doch oft mußte das Bodenpersonal Tote aus der Maschine bergen. Mal den Funker, mal den Navigator oder den Bordschützen oder alle zusammen. Burk hatte Glück gehabt. Dann die Zeit als U-bootkommandant.



„Bereit zum letzten Gang"
– Von dem verurteilten U-Boot Kommandanten in seiner Zelle gemalt

Sehr schnell schon wurden die Boote durch die neuen Ortungssysteme erfasst und verfolgt. Immer jüngere Mannschaften wurden auf See geschickt und meistens schon auf ihrer ersten Fahrt versenkt. Er hatte sechs überstanden und wußte, das auch jetzt alle Erfahrung nichts mehr nützte. Die nächste oder übernächste wäre sein sicherer Tod.

Wie hatte er doch seinem langjährigen Crewmitglied 'von Torra' geantwortet: "Nein Achim, kein Gnadengesuch. Was ist der U-Bootkrieg denn noch anders als ein Opfergang? Da ist der Tod auf dem Richtplatz doch nur noch eine andere Variante.

Achim höre mir gut zu, und präge es dir ein, denn es ist die Wahrheit: Auf diese Welt kommt der Mensch nicht von vornherein als Staatsbürger, sondern als freier Mensch! Staatsbürger ist er erst nachrangig! Der frei geborene Mensch wird im Staat zwar Bürger, aber nie nie nie Eigentum des Staates. Und da der Mensch dem Staat sein Leben nicht zu verdanken hat, ist er auch nie und nimmer dessen Einsatz oder das Leben schuldig!

DARUM HAT KEIN STAAT DIESER WELT EIN RECHT; SEINE BÜRGER ZU WAFFENDIENST ZU ZWINGEN! TUT ER ES DENNOCH; SO BETREIBT ER SKLAVEREI!

Sklaverei, wie sie durch das Erzübel des als Allgemeine Wehrpflicht beschönigten Wehrzwanges geschieht. Je teurer den Männern ihr Staat ist, und das kann er nur durch den Rang seiner Volkgemeinschaft, seiner Verfassung, seiner Sittlichkeit, seiner Gerechtigkeit, seiner Bürgerfreiheit und seiner Verwaltungsorgane sein, desto mehr wird freiwillige Kampfbereitschaft für ihn bestehen. Und auf die Freiwilligkeit kommt es entscheidend an! Denn um einen Staat, dessen Männer nur gezwungen für ihn kämpfen, kann es schade nicht sein.



Motor zerschossen, Rumpf zerschossen, Fahrwerk zerschossen. Aber zurück – und noch heraus gekommen

Wenn dem Menschen als privatem Einzelwesen zugemutet werden kann, staatliche Gewalt von innerhalb der Grenzen und wie bei mir sogar bis zur Todesstrafe wegen anderer Meinung hinzunehmen, dann ist doch wirklich nicht einzusehen, warum es dem Menschen als Teil des staatlichen Kollektivwesen nicht zumutbar sein soll, auch mal fremde Staatsgewalt von außerhalb der Grenzen hinzunehmen, damit sie ihn nicht vernichtet und sein Land zerstört. Denn die einem Staat von einem anderen aufgezwungene Politik bleibt änderungsfähig, aber nie für Tote!"

"Gelegenheit zum letzten Zuspruch!" ruft Richter Meinhart zu dem Marinepfarrer hinüber. Kapitänleutnant Gerrsens Hand fährt salutierend an den Stahlhelmrand: "Hoch, legt an!"

Das Kommando „Feuer" verhallt im Krachen der Salve des Exekutionskommandos. „Sie haben einen edlen Mann getötet" sagt der Pastor zu dem Richter. Der erwidert: „Ich habe nur meine Pflicht getan, genau wie sie auch."

Ein Nachruf auf den Vorfall in Kiel Holtenau sowie Todesanzeigen wurde den Angehörigen laut richterlichem Beschluß verboten.

Anlässlich der Einführung der Wehrpflicht trat Freiherr von Luttitz unter dem Pseudonym Walter Klenck literarisch in Erscheinung und konfrontierte die Öffentlichkeit mit dieser Tragödie. Mein Versuch einer kurzen Zusammenfassung des Inhalts seines Romans teils in eigenen Worten, erwächst aus der Absicht, das Drama um die Wehrpflicht zu verdeutlichen. Der Autor



Anstelle gut ausgebildeter Spezialisten werden die Boote zunehmend von Jugendlichen gehandhabt



Die halben Kinder verabschieden sich von ihrer Heimat vor ihrem ersten Einsatz

nahm sich die Freiheit, die Fakten etwas abzuändern doch ist die Romanfigur Burk identisch mit der Person des Oberleutnant zur See Oskar Kusch, gegen den das Todesurteil am 12. Mai 1944 durch ein Erschießungskommando von der Standortwachkompanie Kiel vollstreckt wurde.

Oberleutnant Oskar Kusch kam am 1. April 1940 zur U-Bootwaffe. Nach einem Sanitätsbericht war die Besatzung durch die normalen Bedingungen an Bord, Hitze, Enge und sanitäre Verhältnisse bis an die Grenze an ihrer physischen und psychischen Leistungsfähigkeit beansprucht. Bedingungen die durch fortwährende „Feindbedrohung" noch erschwert wurde.



„Alarm im Dieselraum"
– Die wohl einzig existenten ungestellten Aufnahmen in einer solchen Situation

Den Aussagen von Zeugen zufolge, war Kusch ein besonnener Offizier der auch in extremen Situationen Ruhe ausstrahlte, dem es auch nach der 6. Unternehmung gelang, Boot und Besatzung nach Hause zu manövrieren.

Im Einsatz war er einer Vielzahl von Angriffen aus der Luft und zu Wasser ausgesetzt. Oft mußte er Versäumnisse seines 1. Wachoffiziers, Offizier der Reserve und angehenden Kapitäns, im Zivilberuf Amtsgerichtsrat Dr. jur. Ulrich Abel und des Olt. (Ing.) Druschel ausgleichen. Diese beiden Offiziere sabotierten seine Befehle und nur durch den Einsatz des Kommandanten und seiner hinter ihm stehenden Besatzung konnten schlimme Folgen verhindert werden.

Am 12. Januar 1944, 24 Tage nach dem Einlaufen in Lorient, brachte Abel zur Meldung, dass Kusch im März 1943 angeordnet habe, das Führerbild zu entfernen mit der Bemerkung, hier wird kein Götzendienst betrieben.

Er habe erklärt, nur der Sturz Hitlers und seiner Partei können dem deutschen Volke den Frieden bringen. Gegenüber den Fähnrichen habe er geäußert, über das augenblickliche Regime müßten sie als gebildete Menschen und angehende Offiziere erhaben sein, der Führer leide oft an Anfällen und sei ein wahnsinniger Utopist und größenwahnsinnig. An der bevorstehenden Niederlage des Reiches habe er keinen Zweifel mehr und der Begriff des Weltjudentums sei eine Propagandalüge. Ferner berichtete Abel, dass Kusch seine politischen



Oskar Kusch

Informationen durch verbotenerweise abgehörte Feindsender bezogen habe.

Nach seiner Verhaftung und Einlieferung in das Marineuntersuchungsgefängnis in Kiel-Wik am 25.01. fand am 26. Januar 1944 in der Villa Forsteck im Kieler Niemannsweg die Hauptverhandlung statt. Der Vertreter der Anklage beantragte wegen Zersetzung der Wehrkraft eine Gesamtstrafe von 10 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus sowie Verlust der Wehrwürdigkeit und bürgerlichen Ehrenrechte. Er erhielt deshalb wegen "milden" Strafmaßes eine Rüge. Der Richter, Marineobergerichtsrat Karl Heinrich Hagemann, verurteilte Kusch in Übereinstimmung mit den Beisitzern in selbiger Anklage zum Tode und zu einem Jahr Zuchthaus.

Daneben wird auf Verlust der Wehrwürdigkeit und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit erkannt.

Die eigentlichen Gründe für dieses Todesurteil waren, dass Kusch „den Glauben an den Endsieg verloren", „liberale Tendenzen", „Ablehnung des Nationalsozialismus", „Häufung zersetzender Äußerungen die vor dem Führer nicht halt machten und zum Teil hochverräterischen Charakter trugen."

Aus den Mannschaftsgraden wurden keine Zeugen geladen. Der Besatzung gegenüber wurde die Verhaftung ihres Kommandanten verheimlicht und behauptet, Kusch sei krankheitshalber abgelöst worden. Diese Falschbehauptung ist jedoch durch den Funkmaaten Isensee aufgedeckt worden und löste bei allen Empörung aus. Verschiedene hohe Offiziere setzten sich bei Generaladmiral von Friedeburg und Großadmiral Dönitz vergeblich für eine Begnadigung ein. Dönitz gab später zu Protokoll, dass seine für Rechtsfragen zuständigen Berater, Generaladmiral Warzechna und Admiral-Richter Rudolphi von einer Begnadigung abgeraten hätten. Nachfolgenden Dienstgraden gegenüber bekundete er, dass er an Olt. Kusch ein Exempel statuieren wolle.

Der Meldung erstattende Abel war bereits auf seiner ersten Fahrt als Kommandant von "U 193" mit der gesamten Besatzung am 28. April 44 und Druschel am 3. Juli 1944 mit "U 154" und der gesamten Besatzung untergegangen.

Am 9. Mai 1946 erstattete der Vater von Oskar Kusch auf Anraten von Generalstaatsanwalt der US-Army, Professor Dr. Robert Kempner, bei der Oberstaatsanwaltschaft des Landgerichts Kiel Anzeige wegen Mordes an seinem Sohn gegen Marineoberkriegsgerichtsrat Hagemann an erster Stelle.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Zuchthaus, jedoch das Gericht sprach Hagemann frei. Vor allem die Aussage des früheren B.d.U-West (Befehlshaber der U Boote) als ehemaliger Gerichtsherr, Ministerialdirigent im O.K.M.a.D. (Oberkommando) und nunmehr Landgerichtspräsident Rudolphi sowie Generalsadmiral a. D. Warzecha (die beiden Rechtsberater von Dönitz), läßt das Gericht zu der Auffassung kommen, daß die Äußerungen Kuschs gegen Hitler und sein Zweifel am "Endsieg" eine so schwerwiegende Verpfehlung gewesen sei, dass es keine Alternative zu dem Todesurteil gegeben habe.

Gegen das Urteil vom 23. Mai 1949 beantragte die Kieler Staatsanwaltschaft beim Strafsenat des Obersten Gerichtshofes in Köln Revision, der am 18. Oktober 1949 das Urteil aufhob.

Vom 18. Bis 25. September 1950 verhandelte das Schwurgericht beim Landgericht Kiel erneut gegen Hagemann. Das Gericht befand, dass das Todesurteil auch unter rechtstaatlichen Verhältnissen denkbar und erträglich war und sprach Hagemann frei. Nach dem Historiker Walke, erklärten die ehemaligen Beisitzer des Angeklagten Hagemann, die 1944 beide für Kusch Tod gestimmt hatten, daß sie aus militärischen Gründen wieder für seinen Tod stimmen würden. Das widerspricht sich mit der Aussage eines Beisitzers, dem U Boot Kapitän Olt. z. S. Westphalen, der sich damals eigenen Angaben nach gegenüber K.Adm.a.D. (Konteradmiral) Peter für die Befürwortung eines Gnadengesuchs ausgesprochen hatte.

Vergeblich bemühte sich Kuschs Vater um eine Revision des Urteils beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Oskar Kuschs Freund und Crewkamerad Kptlt. a. D. Horst Freiherr von Luttitz stellte in einem Schreiben an den Vorsitzenden des D.M.I. (Deutsches Marine Institut) vom 22. April 1992 unter anderem fest: Kusch war nicht bereit, willfährig mit dem Zeitgeist eine politische Haltung zu heucheln, die er mit seinem umfassend gebildeten, souveränen Geist als falsch und verhängnisvoll erkannt hatte. Er war nicht bereit, sich geistig einer unmoralischen Staatsgewalt zu unterwerfen.... Kuschs Märtyrertod ist zeitlos richtungsweisend und eine bleibende Mahnung an jedermann, vor allem an die Angehörigen der Bundeswehr."

(Quellenmaterial u. a. Stadtarchiv Kiel)

Thomas Stobbe



„MATT" – – Von dem verurteilten U-Boot Kommandanten in seiner Zelle gemalt



„U-Boot Turm" – – Zwischen Verurteilung und Vollstreckung von dem verurteilten U-Boot Kommandanten in seiner Zelle gemalt

VIEL ZU HÄUFIG ALS „PSYCHOPROBLEM" BAGATELLISIERT

Depression ist kein Schnupfen des Nervensystems

In Deutschland leidet jede zwanzigste Person an einer behandlungsbedürftigen Depression, das sind rund vier Millionen Menschen. Nur die Hälfte aller depressiven Erkrankungen werden erkannt, und nur zehn Prozent adäquat behandelt, viel zu häufig als „Psychoprobleme" bagatellisiert oder aus Angst vor Stigmatisierung verschwiegen. 15 Prozent aller Menschen, die unter einer schweren Depression leiden, sterben durch Suizid. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sagen für die Industrieländer voraus, dass Depressionen nach den Herz-Kreislauf-Erkrankungen zur zweitgrößten Volkskrankheit werden.

Sind Depressionen ein Symptom unserer Zeit? Eine belastende Lebenssituation, Stress, Niedergedrücktheit, können das Fass zum Überlaufen bringen. Es sind die unterschiedlichen körperlichen und seelischen Befindlichkeiten, die, wenn sie länger als zwei Wochen anhalten, als Symptome einer Depression ernstgenommen werden sollten, wie z.B. Appetitlosigkeit, Kraftlosigkeit, Schlaflosigkeit, Antriebslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Konzentrationslosigkeit, Freud- und Lustlosigkeit...

Der Depressive ist dann mit seinen Kräften am Ende, sieht die Welt nur noch durch eine dunkle Brille, zieht sich zurück. „Schutzreaktion", „Warnung", auch das kann eine Depression signalisieren. — Aber sie ist nicht der Schnupfen des Nervensystems, sondern eine ernstzunehmende Krankheit. Und eine Depression kann lebensgefährlich sein.

Besonders konkret formulierte Suizidabsichten müssen ernst genommen werden. Dann sollte man unbedingt ärztliche Hilfe suchen. Doch die „Grauen Tage" sind kein Grund zur Besorgnis. Erst wenn sie andauern oder sich in immer kürzeren Abständen häufen, spricht die Medizin von depressiven Verstimmungen. Diese können die Lebensqualität eines Menschen erheblich beeinträchtigen, sogar die Persönlichkeit verändern.Dann bekommen die Erkrankten nichts mehr auf die Reihe.

Die Seele leidet, der Körper auch Es gibt keine Biologie ohne Psyche, keine Psyche ohne Biologie. Zwischen Körper und Seele besteht ein enger Zusammenhang. Biologisch kann man die Depression als eine Stoffwechselstörung des Gehirns erklären. Eine seelische Belastungssituation kann auf den den Magen-Darm-Trakt schlagen, eine Unterfunktion der Schilddrüse kann den gesamten Stoffwechsel verlangsamen, so dass Betroffene sich abgeschlagen und depressiv fühlen. Auch eine Störung des Hormonhaushalts wird im Zusammenhang mit Depressionen diskutiert, ebenso genetische Vorbelastungen. Auch Infektionskrankheiten und bestimmte Medikamente — z.B. gegen Bluthochdruck und Herzrhythmusstörungen, Antibiotika und Beruhigungsmittel können Depressionen auslösen.

Es gilt als gesichert, dass die einzelnen Nervenzellen durch elektronische Impulse und durch bestimmte Botenstoffe untereinander in Verbindung stehen. Liegt ein Mangel der Botenstoffe (Neurotransmitter) Serotonin und Noradrenalin vor, treten im Netzwerk des Nervensystems Kommunikationsstörungen auf. Das hat sowohl Auswirkungen auf das körperlich-seelische Befinden des Betroffenen als auch auf die Beziehung zur Umwelt.

Wie werden Depressionen behandelt? Der richtige Weg wäre, den Hausarzt zu konsultieren. Dort ist abzuklären, ob die Beschwerden körperlich bedingt sind. Das ist ganz wichtig, bevor eine Weiterbehandlung durch einen Psychiater erfolgen kann. Dabei hängt die Therapie von dem Schweregrad der Depression, dem sozialen Umfeld und der Persönlichkeit des Kranken ab. Bewährt haben sich die modernen Antidepressiva – insbesondere Selektive-Serotonin-Rückaufnahme-Hemmer (SSRI) und Serotonin-Noradrenalin-Rückaufnahme-Hemmer (SNRI) – zur Akutbehandlung und als Schutz vor Rückfällen. Außerdem gibt es noch spezielle Verfahren, wie z.B. Lichttherapie, Schlafentzug und Elektrokrampftherapie.

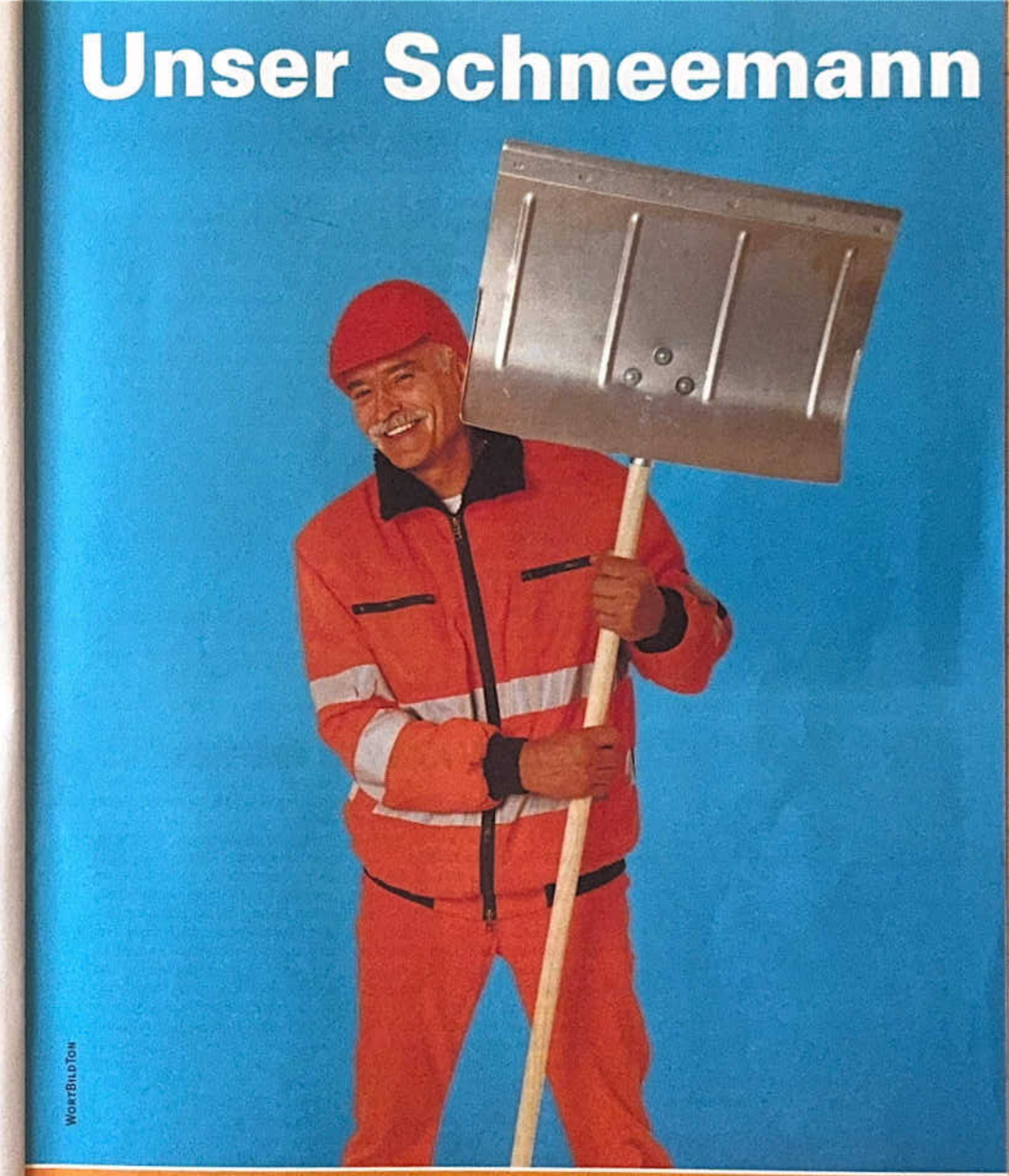
Unter einer „Krankheit des Gemüts" zu leiden, wird von vielen Betroffenen zunächst nicht so akzeptiert. Oft ermöglicht erst die Einnahme eines Antidepressivums die Bereitschaft, sich mit der Krankheit auseinanderzusetzen. Beide Konzepte, die medikamentöse Therapie und das aktive Nachdenken über die eigene Lebenssituation, sollen sich in der Behandlung der Depression ergänzen. Eine depressive Phase kann sich über Wochen, sehr selten sogar über mehrere Jahre erstrekken. Meistens sind es einige Monate.

Das Risiko, eine chronische Depression zu entwickeln, beträgt 20 Prozent. Je früher behandelt wird, desto besser sind — wie bei allen Krankheiten — die Aussichten auf Erfolg.

W.K.

Material: Landesverband MV der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V.

Unser Schneemann



WortBildTon

Wir schippen was weg.

www.abfall-a.de

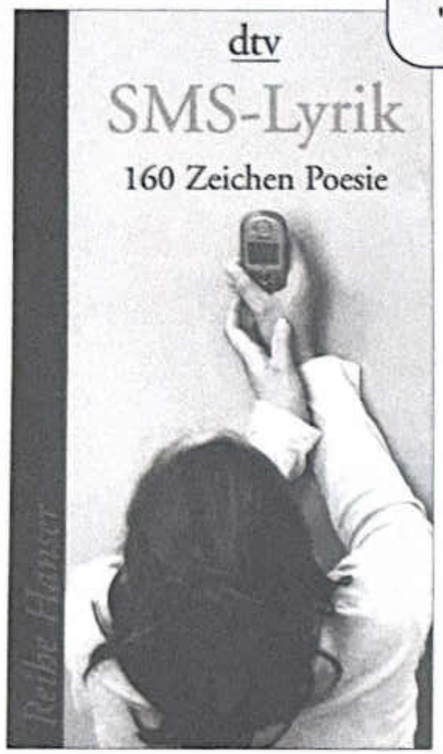
Landeshauptstadt Kiel

ABK

Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel

Buchtip

SMS-Lyrik:
"Die Liebe ist lang, der Akku ist geladen."



In der Kürze liegt die Würze! Das gilt natürlich ganz besonders für die Kunst, in 160 Zeichen alles Wichtige per SMS zu übermitteln!

Da wird gekürzt und getrixt um kein Zeichen zu verschenken. Geht's nicht bloß um reine Information sind Wortwitz, Phantasie und Poesie gefragt. Dass dem fast keine Grenzen gesetzt sind - außer eben 160 Zeichen - zeigt SMS-Lyrik.
87 alte und junge Meister der Poesie liefern SMS-fähige Lyrik vom Feinsten. „Unlösbar. Wie einfach, auf etwas zu hoffen. Wie einfach, etwas zu fürchten. Was aber tun, wenn man fürchtet, was man erhofft." Viele der 160 poetischen Botschaften sind hoch erotisch, manche sind einfach hilfreich oder sorgen mit ihrem Sprachwitz für gute Laune.
Ob Slammer oder altbewährter Dichter, ob Goethe oder Hölderlin, Jandl oder Marti: In diesem Buch bringen sie ihre Lyrik auf den Punkt, sagen mit wenigen Worten (fast) alles.
„Sturmwarnung als möwe windstoßen und in dir stranden sanden & sonnen & salzen zuwassern als glühfisch und ein schiff inselt über untiefen, verkiemt uns." SMS wie diese verlocken nicht nur zum Lesen, sondern auch zum Versenden oder zum Weiterdichten und dann Versenden oder...

ULRIKE VON STRITZKY

Anton G. Leitner (Hrsg.): SMS-Lyrik. 160 Zeichen Poesie. Deutscher Taschenbuch Verlag, Reihe Hanser 2002. 100 Seiten, Euro 6,-.

DAS TAL...

Das Tal hat sich gelegt zur Ruh,
nun deckt es sanfter Nebel zu.

Drüber der Berg den Schlaf bewacht,
leise singen in sternklarer Nacht.

Von Ferne schlägt es Mitternacht schon,
und während verhallt der letzte Ton,

aus dem nahen Wald eine Eule ruft.
Ihr Schrei dringt zu mir durch kalte Luft.

Er nimmt meine Seele und ihre Träume,
mit zu ihr zurück in die Bäume.

Lautlos gleiten wir durch die Dunkelheit.
Es erfaßt mich ein Hauch von Ewigkeit.

Fatma

JEDEN KANN ES TREFFEN!

Nie hätte ich einmal gedacht, dass auch mir dieses Schicksal einmal passieren könnte. Bis zu diesem schicksalhaften Nachmittag.

Bereits in der Erwartung des herannahenden Feierabends schellte auf meinem Schreibtisch das Telefon und mein Chef zitierte mich in sein Büro. Mit flauem Gefühl im Magen klopfte ich an die dickwandige Bürotür des Chefbüros. Ein scharfer Ton forderte mich zum Eintreten auf. Auf dem dicken Teppich fühlten sich meine Schritte an, als wenn ich über aufgeweichte Erde laufen würde. Eine Handbewegung forderte mich zum Setzen auf und das Gespräch begann sofort. Man hätte von mir erwartet, daß ich auch noch in anderen Büros mit aushelfen sollte. Meine Antwort, ich könnte ja nur an einer Stelle gleichzeitig sein, wurde sofort gekontert. „Dann sind Sie nicht der richtige Partner für uns. Ab morgen wollen wir einen völlig verwandelten Menschen in Ihnen sehen."

Alles hatte so schön begonnen. Mein vorheriger Arbeitgeber wollte seinen Betrieb an einen Konzern verpachten. Deshalb war ich froh, in der Zeitung diese Anzeige zu finden. Sonntagsabends meldete sich die neue Firma und wir vereinbarten einen Vorstellungstermin. Die Stelle bekam ich, erhielt sogar noch etwas mehr Gehalt. Aber gleichzeitig auf mehreren Stellen arbeiten war beim Vorstellungsgespräch nicht vereinbart und auch nicht zu schaffen. Nach ein paar Tagen erhielt ich die Kündigung.

Viel später erfuhr ich, dass meine Stelle noch besetzt war und der bisherige Arbeitnehmer, wieder gesund, seine Arbeit wieder aufgenommen hatte. Es bleibt aber noch eine kleine Freude - heute ist die Firma pleite und ich habe einen tollen Job.

Werner Kistler

Pfannengerührtes Gemüse in süß-saurer Soße





Diese Rezeptidee stammt von Marion aus dem
SubRosa
(Elisabethstraße 25, Kiel)

Öffungszeiten:

Mo	Ruhetag
Di - Do	18[00] - 1[00]
Fr +Sa	18[00] - 2[00]
So	18[00] - 1[00]

Zutaten:

1 Möhre
1/3 Zuchini
1/2 Paprika
3 Champignons
1/2 Zwiebel
etwas Sonnenblumen-Öl
1 EL Speisestärke
100 ML Wasser

Soße:
4 EL Sojasoße
2 EL Zitronensaft
4 EL Zucker
2 TL Apfelessig
1/2 Knoblauchzehe
ca. 1 cm Ingwer

Zubereitung:

Zuerst die Soße anrühren. Den Knoblauch und den Ingwer fein hacken und mit den restlichen Zutaten vermischen. Darauf achten, dass sich der Zucker gut auflöst.

Die Zwiebel in halbe Ringe schneiden. Möhre, Zuchini und Paprika in ca. 3 cm lange dünne Streifen und die Champignons in Scheiben schneiden.

Das Öl in einer Pfanne erhitzen und die Zwiebeln kurz anbraten. Dann das restliche Gemüse hinzufügen und unter ständigem Rühren ca. 2 Minuten anbraten.

Anschließend die fertig angerührte Soße dazugeben und 5 Minuten kochen lassen. Die Speisestärke mit Wasser anrühren und unter Rühren in die Pfanne gießen.

Noch so lange kochen lassen, bis die Soße eingedickt ist.

Gut schmeckt dieses Gericht mit Basmatireis oder Glasnudeln.

Frohe Weihnachten dank junger Banker

Über eine großzügige Spende durfte sich Hempels im Dezember freuen. Die Jugend- und Azubivertretung der Kieler Sparkasse hatte alle Mitarbeiter über ihr internes Mailsystem zur Spende aufgerufen. 1.200 EUR haben Maren Schulze,



Alexandra Wilczek und Nils Passau auf diesem Weg gesammelt. Das Geld kann Hempels gut gebrauchen und wir sagen den Verantwortlichen der Jugend- und Azubivertretung sowie allen spendablen Bankern auf diesem Weg ein herzliches Dankeschön!

Thomas Repp

Reintegration Drogenabhängiger in die Gesellschaft

Vorgehensweise zu ihrer sozialen Stabilisierung

Frau D. und Frau F. berichten über ihre Erfahrungen als Klientinnen der Frauensuchtberatungsstelle "donna klara" und Herr F. über seine Erfahrungen als Klient mit dem Verein "Odyssee Kiel". Im Anschluß daran, werden Lösungsvorschläge aufgezeigt, die jedoch noch ausstehende politische Entscheidungen vorraussetzen. Desweiteren wird ein Eindruck über die Therapie-Einrichtung "Delta" vermittelt.

Frau D. erzählt, sie sei 53 Jahre alt, allein erziehende Mutter von drei Kindern und habe 1988 nach ihrer Scheidung unbewusst angefangen, abends *ein Glas Wein* zu trinken. Aufgrund großer Belastungen – zwei Zwangsversteigerungen, Verhalten der Gesellschaft gegenüber einer allein erziehenden Mutter, beispielsweise bei der Wohnungssuche – sei ihr abendlicher Konsum im Laufe der Jahre auf *einen Liter* gestiegen. Aus Verzweiflung und schlechtem Gewissen, insbesondere ihren Kindern gegenüber, habe sie sich nach Hilfe umgesehen und sei zufällig auf „donna klara" gestoßen.



Arbeitsprojekt EDV-Büro der Einrichtung 'delta'

Den ersten Kontakt zu „donna klara" habe sie als Erleichterung empfunden. Von den Ansprechpartnern habe sie sich verstanden gefühlt. Eine Einzelberatung sei unmittelbar möglich gewesen. Die Frage der Kostenübernahme sei von der Einrichtung für sie geregelt worden. Zum ersten Mal habe sie das Gefühl gehabt, mit ihrem Problem nicht allein zu sein. Durch die Hilfe bei „donna klara" fühle sie sich nun stark, um für ihren seit einem Jahr drogenabhängigen Sohn zu kämpfen.

Der erste Kontakt liege nun 1 1/2 Jahre zurück. Heute besuche sie einmal wöchentlich eine Selbsthilfegruppe, in der sie sich gut aufgehoben fühle und in der auf die spezifischen Gefühle von Frauen eingegangen werde. Für sie sei dabei der Kontakt zu Frauen sehr wichtig gewesen. Da sie in ihrer Beziehung von ihrem Partner geschlagen worden sei, könne sie einem Mann noch nicht das gleiche Vertrauen wie einer Frau entgegenbringen.

Nach einer 10-tägigen Entgiftung habe sie sich bei „donna klara" in Einzel- und Gruppengesprächen „kennengelernt". Sie habe sich bewußt für diese offene Therapieform entschieden, um weiterhin mit dem täglichen Leben konfrontiert zu werden und weil es schwierig gewesen wäre, ihren Sohn für die Zeit der Therapie unterzubringen. Für Jugendliche sei selbst der Erwerb harter Drogen kein Problem. Wichtig ist deshalb, die Jugendlichen bereits nach dem ersten Anzeichen aufzufangen, damit sie nicht in Kontakt mit härteren Drogen gerieten.

Die Beratungstelle „donna klara" habe ihr sehr geholfen. Sie könne nur empfehlen, verstärkt für diese Einrichtung zu werben, da sich viele Frauen in einer ähnlichen Situation befänden.





Arbeitsprojekt Holzwerkstatt Einrichtung 'delta'

Frau F. schildert, sie habe früher verschiedene Drogen konsumiert und sei stark abhängig gewesen. Erst durch ihren Freund habe sie erkannt, dass ihr besonderes *Problem beim Alkohol* liege. Die Abhängigkeit vom Alkohol hätten ihre psychischen Probleme widergespiegelt. Mit dem Konsum „weicher Drogen" – Cannabis und Alkohol – habe sie mit 16 Jahren begonnen; zu „harten Drogen" sei sie aufgrund eines Trauerfalls mit 21 Jahren gekommen.

Bei „donna klara" sei sie seit 16 Monaten. Derzeit besuche sie zweimal wöchentlich Gesprächsrunden. Die Frage der Kostenübernahme ihrer Therapie durch die Krankenkasse sei von „donna klara" geregelt worden. Drei Monate habe sie auf die finanzielle Zusage gewartet.

Sie habe bewusst nach einer Frauenberatungsstelle Ausschau gehalten, da sie aufgrund schlechter Erfahrungen wenig Vertrauen zu Männern habe. Frauen seien auf einer Ebene, und sie habe nicht viel erklären müssen. Heute sehe sie wieder einen Weg in ihrem Leben, während sie früher eine Integration in die Gesellschaft für unmöglich gehalten habe. Sie gehe wieder zur Schule, sei sehr ehrgeizig geworden und werde demnächst mit einer Ausbildung beginnen.

Besonders wichtig sei aus ihrer Sicht ein Therapieplatz unmittelbar im Anschluss an eine Entgiftung, damit abhängige Personen nicht ins alte Umfeld gerieten. Dadurch könnten viele Kosten gespart werden. Frau F. regt an, die Alkoholwerbung in den Medien zu verbieten, Zigarettenautomaten höher zu befestigen und verstärkt das Internet für Präventionsarbeit zu nutzen.

Herr F. legt dar, Haschisch habe er erstmalig mit 16 Jahren und „harte Drogen" mit 20 Jahren konsumiert. Er habe sodann zehn Jahre sämtliche Drogenstationen durchlaufen und sei in dem Rahmen auch straffällig geworden. Als er vor die Wahl zwischen einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten und einer Therapie gestellt worden sei, habe er sich, zunächst widerwillig, für die Therapie entschieden.

Fortsetzung: nächste Seite

1999 sei er zu *„Delta"* vom *Verein Odyssee Kiel* gekommen. Durch die Einrichtung habe er eine Arbeit gefunden, die ihn ausfülle. Daneben sei sehr auf das soziale Umfeld geachtet worden. Für ihn sei es wichtig gewesen, Kontakte zu Menschen aufzubauen, die keinen Kontakt zu Drogen hätten.

Bei der Therapie sei für ihn ebenfalls von Bedeutung, über einen längeren Zeitraum hinweg Kontakt zu den gleichen Personen zu haben. Sie seien mit seiner persönlichen Problematik vertraut, und die Hemmschwelle sei niedriger.

Aufgrund der Formalitäten ist die Schwelle für Drogenabhängige, mit einer Therapie zu beginnen, sehr hoch. Die Zusage für die Kostenübernahme sollte unbürokratischer vonstatten gehen. Des weiteren sollte von Seiten der Schulen,



sobald Kinder verhaltensauffällig würden, nachgeforscht werden, ob im privaten Umfeld der Kinder alles in Ordnung sei.

Erforderliche Maßnahmen der Politik um Drogenhilfe und Jugendhilfe zu verbinden

Frau Bendlin stellt fest, dass dazu eine Umgestaltung der Finanzierungssysteme erforderlich sei. In Deutschland gehe es stets darum, Geld von einem Etat in den anderen zu verlagern und nicht um die Menschen, die Hilfe benötigten. Mit mehreren Trägern sei versucht worden ein Drogenhilfsnetz aufzubauen, insbesondere um die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Finanzierungssäulen zu verbessern. Zu klären sei, ob die Krankenkasse, die Jugendhilfe oder die Sozialhilfe für die Kosten aufkomme.

Das ursprünglich für Schleswig-Holstein vorgesehene Konzept sei schließlich in Kiel verwirklicht worden und habe viel positive Resonanz aus der Drogenhilfe, von der LSSH und vom Gesundheitsamt Kiel erfahren. Die Problematik sei nur zu bewältigen, wenn sich ein Kommune entscheide, ein solches Netzwerk zu praktizieren. Denn Jugendhilfe finde auf kommunaler Ebene statt. Es müsse angestrebt werden, die Hilfe ineinander übergehend, am Bedarf des Einzelnen orientiert, zu gewähren.

Frauensuchtberatungsstelle donna klara e.V.
Knooper Weg 49, 24103 Kiel
Tel. 0431/6 15 49, Fax 66 59 75

DELTA

stationäre Übergangseinrichtung mit Arbeitsangebot

Klientel:
- drogenfreie, therapieerfahrene Frauen und Männer (auch Paare)
- Aufnahmealter: ab 18 Jahren
- Kapazität: zwei Häuser mit jeweils 8 Plätzen
- Verweildauer: in der Regel 6 Monate

Angebot:
- Das Delta bietet die Möglichkeit, sich selbständig und eigenverantwortlich ein intaktes soziales Umfeld aufzubauen
- Einzelgespräche, Beziehungsklärungen, Krisenintervention
- Unterstützung, Beratung und Begleitung bei anstehenden Behördengängen, Schriftverkehr jeglicher Art, der Wohnungssuche oder der beruflichen Orientierung
- medizinische Beratung und Betreuung durch den Einrichtungsarzt
- bei Bedarf sind Gespräche mit Angehörigen möglich
- verschiedene Sport-, Spiel- und Werkangebote
- Unterstützung von Teilnahme an Volkshochschulkursen, kulturellen Veranstaltungen, Sportvereinen etc
- die Mitarbeit in den Arbeitsprojekten (Holzwerkstatt, EDV-Büro) oder in einem externen Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsbereich ist von Beginn an verbindlich
- die Überprüfung der Alkohol- und Drogenabstinenz erfolgt in unregelmäßigen Abständen durch Atemalkohol- und Urinkontrollen

Anschrift: Sophienblatt 73a, 24114 Kiel
Kontakt: Herr Wolfgang Eicke, Dipl -Pädagoge
werktags von 8[00] bis 14[00] Uhr
Telefon: 0431 / 661733
Telefax: 0431 / 6617344
Email: info@odyssee-kiel.de

Mitarbeiter:
- Ein in der Drogenarbeit erfahrenes Team, bestehend aus pädagogischen, therapeutischen, medizinischen und handwerklichen Kräften

Leserbriefe

BREITE FRONT FÜR ARBEIT

Einmal mehr streiken unsere Gewerkschaften und fordern substanzielle Lohnerhöhungen. Mit immensem Folgen für unsere Volkswirtschaft legt Verdi den Nah- und Fernverkehr lahm und fordert 3% plus X. In Anbetracht von über vier Millionen Arbeitslosen und der verzweifelten Lage auf dem Arbeitsmarkt steigt bei vielen die Wut. Nicht zuletzt sind schließlich die überzogenen Lohnabschlüsse verantwortlich für die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land.
Also: Warum demonstrieren nicht mal wir Arbeitslosen gegen die Politik der Gewerkschaften? Verdi macht Politik für Arbeiter und gegen Menschen ohne Job. Jeder Gewerkschaftsfunktionär kommt doch in Erklärungsnöte wenn er mehr Lohn fordert und neben ihm ein junger Mensch steht, der nicht genau weiß, wann er wieder einen Job bekommt, in dem er auch nur annähernd so viel verdient wie der streikende Arbeiter. Lasst uns streiken gegen Lohnerhöhungen und für mehr Arbeitsplätze.
Die Gewerkschaften haben sicher gute Dienste geleistet- vor hundert Jahren. Heutzutage zerstören sie nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit unseres Heimatlandes. Darunter leiden wir als Arbeitslose. Wie lange wollen wir das ertragen?

C. Rathmann, 26

Ollie's Getränke Service
in Langwedel, Kieler Str. 10
Getränke, Fassbier und Zapfanlage, Wein und Sekt, Lieferservice bis Kiel und weiter... und wir stellen Ihnen die Ware in den Kofferraum
vom 10. bis 15.02. im Angebot
7,50 EUR je 12 Fl.
+ 3,30 EUR Pfand
10,80 EUR Gesamt
12x Stattl. Fachingen á 0,75 l
Mo & Fr 9[00] - 18[00]
Di, Mi, Do 14[00] - 18[00]
Sa 9[00] - 13[00]
Tel.: 0 43 29 / 8 16


Kleinanzeigen

Strafgefangener (JVA Kiel) sucht Brieffreundschaft. Bitte senden an Hempels, Schaßstraße 4, 24103 Kiel zur Weiterleitung.

„Sziget"-Musikfestival in Budapest 30.07. bis 05.08. – www.pepsi-sziget.de. Suche für „Vorwärm-Party" in Kiel mit DJ-Wettbewerb Mitstreiter/innen und DJs (April/Mai). Räumlichkeit vorhanden! Matthias, (04 31) 1 54 90, matthias-z@schleswig-holstein.de

Redaktionsmitglied der Lokalredaktion NF sucht Haus oder 4 bis 5-Zimmerwohnung in Husum oder Umgebung bis 800,- EUR incl.. Tel: (01 78) 2 04 64 35, ab 14[00].

Poesie

ALLGEMEINE WEHRPFLICHT

Das lehrten die Kriege,
das mahnen die Opfer,
das wissen die Überlebenden:

Völker wollen Frieden
Und fangen keine Kriege an.
Machthaber von Politik
Verführen sie dazu.

Denen zu mißtrauen
Und ihnen zu wehren,
Das ist
Allgemeine Wehrpflicht
In unserer Zeit.

Für alle.

Denn alle gehören dazu,
und alle sind bedroht,
durch tausend Höllen
aus Feuer und Strahl.

Darum sind alle
In Pflicht
Für Leben und Zukunft.

Möchte das brennen
In jedermann!

Friede und Leben
und die Herrlichkeit
unserer Welt
könnten dann
fortbestehen.

W. Klenck

LEBEN

Man schenkte Dir dein Leben
was wird es Dir nun geben?
Die Nahrung die du brauchst
zum Leben wird Dir von dem
Herrn gegeben!
Er gab sein Leben.
Doch Nahrung ist Dir nicht
genug. Es ist doch alles
Selbstbetrug.
Ich habe nicht viel doch kann
ich leben. Kann auch noch dem
Armen geben. Die brauchen
nicht viel zum Leben, sie sind
sehr bescheiden.
Doch niemand kann
sie leiden.

H.G.J.

7 Jahre Hempels Straßenmagazin

Die Jubiläumsparty

Habba Habba Sud Sud
(BluesShuffle)

Mockin' Moon Module
(SpaceGroove)

Nighttrain Antistar
(OneManAcousticShow)

Thomas Stobbe
(Blues)

& weitere

08/02/03 / hansastraße48 / kiel

ab 20[00] / Eintritt 3 EUR /
VerkäuferInnen +
Erwerbslose frei

ich
bin psychisch belastet und
... suche nach neuen Wegen für mich und Menschen die mir nahesteh'n

Durchblick
Verbraucher- und Patientenberatung für Menschen mit psychischer Erkrankung

(Ortstarif) 0180 10_11_12_3
0431 56_02_17

Sanitätshaus ELSNER KIEL GMBH
Königsweg 29
24103 Kiel

BAUERFEIND ORTHOPÄDIE

Tel: 0431/713744
Fax: 0431/7164465

- Kompressionsstrümpfe
- Bandagen
- Alle Hilfsmittel im Rahmen der Pflegeversicherung
- Inkontinenzhilfsmittel
- Bademoden & Dessous
- Fitness- & Wellness-Produkte
- Reha-Beratung
- Kostenlose Hausbesuche